

Erhält ein Recht, mit Waffengewalt, Gewalt und
Zwang und der Bundesbehörde „für seine Rechte“, sowie den
Zeitschriften „Unterhaltung und Wissen“, „Die praktische Land-
wirtschaft“, „Fas und Fuch“, „Sonntäglich Wegweiser“
Ausgabe A mit St.-Berno-Blatt N 2,70
Ausgabe B ohne St.-Berno-Blatt N 2,20
Kriegsnummer 10 4 Cornubus- u. Cornubagnum 20 4.
Gesamtschreiber: Dr. G. Weghoff, Dresden.

Geschäftliche, Druck und Verlag: Germania,
Zschendrei und Berna Dresden-K. J. Poststr. 17.
Telefon 21042, Postfach Dresden 1025. Samb-
louso Stadtbank Dresden Nr. 94761.

Mittwoch, den 12. Oktober 1932

Verlagssort: Dresden
Anzeigenpreise: Die farbige Zeile 20 4, Rahmen-
anzeigen u. Streifenzeile 20 4. Die schwarze Zeile 10 4.
Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes
20 4. Die schwarze Zeile 10 4. Für die farbige
höherer Gehalt erhöht jede Zeile um 50%. Die farbige
Veränderung d. Anzeigen - Auflagen u. Vertikung v. Schabenering
Geschäftlicher Teil: G. Winkler, Dresden.

Sächsisches Volksblatt

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion des Sächsischen Volksblattes
Dresden-Altstadt 1, Poststr. 17, Telefon 20711
und 21042.

Papens süddeutsche Sorgen

Der Besuch des Reichskanzlers in München — Zweiter Tag des Preußen-Prozesses vor dem Staatsgerichtshof — Rumpflagung des Auswärtigen Ausschusses

Bitte um gutes Wetter

München, 11. Oktober.

Reichskanzler v. Papen traf heute früh, begleitet von Staatssekretär Wand von der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Marsch, dem Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialrat Pulas und dem bayerischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. v. Proger im Münchener Hauptbahnhof ein. — Ministerpräsident Dr. Heß begrüßte den Kanzler beim Verlassen des Salonwagens herzlich und stellte ihm die zum Empfang erschienenen Herren vor. Der Kanzler begab sich hierauf im Kraftwagen, begleitet vom Ministerpräsidenten, zum Haus des Ministerpräsidenten, wo er Wohnung nimmt, während die Herren seiner Begleitung sich zum Hotel Bayerischer Hof begaben. Um 10 Uhr findet im Ministerium des Reichens die Vorstellung der bayerischen Staatsregierung statt, um 11 Uhr folgt ein Presseempfang.

Reichskanzler v. Papen stellte heute vormittag dem Ministerpräsidenten und dem bayerischen Gesamtministerium im Ministerium des Reichens seinen Besuch ab. Ministerpräsident Heß betonte in seiner Begrüßungsansprache: Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, die Fühlung zu übernehmen und zu halten mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen und griffligen wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Es kommt darin die Überzeugung zum Ausdruck, daß das gesamte deutsche Volk zusammenstehen muß, wenn es gilt, dieser Not Herr zu werden.

Der Zweck der Reise des Reichskanzlers ist offenbar, die nicht unerheblichen Meinungsverschiedenheiten, die sich in letzter Zeit zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung ergeben haben, nach Möglichkeit zu bereinigen. Vor-

allem ist Bayern verstimmt wegen der Pläne zur Reichsreform, die zu einer nicht unerheblichen Einschränkung der Rechte der Länder führen könnten. Weiter hat sich bekanntlich Bayern der Klage Preußens gegen das Reich angeschlossen, die gegenwärtig vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig verhandelt wird. Ob es der persönlichen Liebenswürdigkeit des Herrn v. Papen gelingen wird, diesen und anderen Streitfragen bei seinem Münchener Besuch ein freundlicheres Gesicht zu geben, bleibt abzuwarten.

Eine Schlappe für Bracht

Kein Verfahren gegen Heimannsberg.

Berlin, 11. Oktober. (E. M.)

Die Staatsanwaltschaft des Landgerichtes I hat die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den ehemaligen Polizeipräsidenten Dr. Weis und den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, gegen die der Staatsanwaltschaft Auflage wegen Nichtbefolgung der Anordnungen des Militärbefehlshabers, General v. Kundstedt, erhoben hatte, abgelehnt.

Die kommissarische preussische Regierung hätte den Polizeibeamten gegen den Prozeß gemacht, die am 20. Juli getreu ihrer Rechtsauffassung, daß die parlamentarisch eingetragene Preußen-Regierung die einzige in Recht bestehende sei, dem Reichskommissar die Mitarbeit verweigert haben. Das Gericht aber hat diesen Verzicht verurteilt. Auch ein „Erfolg“ der kommissarischen Regierung unter Herrn Bracht!

Gerekes Plan

Eine bemerkenswerte Rede auf dem Sächsischen Landgemeindefest

Dresden, 11. Oktober.

Die Vereinigung der sächsischen Landgemeinden hielt unter Vorsitz des Bürgermeisters Stöhm in Gegenwart von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Es wurde zunächst eine Reihe von Begrüßungsansprachen gehalten, darunter solche von Oberbürgermeister Dr. Külz und Amtshauptmann Dr. Drechsel. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß die Lage der Landgemeinden und Bezirksverbände trotz aller Anstrengungen gegenwärtig so schwierig sei, daß sie von Fall zu Fall die Unterstützungsgelder nicht mehr zahlen könnten. Dringend müsse verlangt werden, daß das Reich endlich den Gemeinden die nötige Hilfe gewähre.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Präsidenten des Deutschen Landgemeindefest, Landrats a. D. Dr. Gereke, über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden.

Dr. Gereke wies zunächst auf die finanzielle Notlage der Gemeinden hin, die entscheidend auf die ungenügende Arbeitslosigkeit wie auf die Unzulänglichkeit des Unterstützungssystems für die Arbeitslosen zurückzuführen sei. Zahlreiche Gemeinden könnten heute nur noch durch staatliche Unterstützung am Leben erhalten werden, offene Kassenzusammenbrüche seien keine Seltenheit. Am bedrohlichsten sei, daß verschiedene Gemeinden dazu übergegangen wären, den Erwerbslosen aus Mangel an Mitteln Bots zu geben, also Notgeld, damit sie sich etwas kaufen könnten. Mache dieses Verfahren Schule, dann sei schließlich der Zusammenbruch unserer gesamten Finanzen und unserer Währung nicht aufzuhalten.

Angesichts dieser Zustände habe der Landgemeindefest bereits im Sommer dieses Jahres die Initiative ergriffen und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet, das der Öffentlichkeit damals unter Zustimmung der großen Wehrverbände verschiedener politischer Richtungen und Vertretern der Gewerkschaften unterbreitet worden sei. Auch die Reichsregierung habe sich der Notwendigkeit nicht verschlossen, etwas Durchgreifendes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Schon heute aber lasse sich bei aller Anerkennung des guten Willens der Reichsregierung feststellen, daß der eingeschlagene Weg, alles der Privatinitiative zu überlassen, nicht zu dem gewünschten Erfolg, schnell und in großem Umfang Erwerbslose von der Straße wegzubringen, führen könne.

Dr. Gereke fuhr dann fort: Wir in den Landgemeinden sind bereits, ehe die Einzelheiten des Regierungsprogramms bekannt waren, von der Erwägung ausgegangen, daß die Privatinitiative nicht ausreicht, um alle die volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten in Angriff zu nehmen, die in den letzten Jahren liegen geblieben oder unterbrochen worden sind. Das trifft in erster Linie zu auf Straßenbau, Flugregulierungen, Siedlungen, Eindeichungen und in bestimmtem Umfang auch auf Landeskulturarbeiten. Bei dieser Art der Arbeiten würde man nicht nur einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lohn und Brot geben, sondern mit der Stärkung der Kaufkraft auch der Landwirtschaft helfen, und schließlich die bevölkerungspolitisch notwendige Rückentwicklung zum flachen Lande, die Erschließung dünnbesiedelter Landesteile erreichen.

Die Art der Arbeiten erfordert die Aufstellung eines fest umrissenen, mehrere Jahre umfassenden Planes. So stark bei dem Charakter unseres Vorschlages die Initiative zur Arbeitsbeschaffung dezentralisiert von den unteren Selbstverwaltungskörpern her erfolgen soll, so sehr muß dafür Sorge getragen werden, daß nur volkswirtschaftlich wichtige, finanziell tragbare Arbeiten ausgeführt werden.

Ueber die Einzelheiten unseres Programms, dessen Arbeiten grundätzlich zum vollen Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen sollen, ist schon viel geschrieben und gesprochen worden. Ich möchte zur Vermeidung aller Mißverständnisse nochmals klar die Grundzüge der von uns vorgeschlagenen Arbeitsschöpfung herausheben:

Der Grundfah genau wie bei den Steuerguldscheinen sollen die Gemeinden und Gemeindevorstände sowie Genossenschaften öffentlich-rechtlicher Art auf einen Teil der Steu-

Eupen-Malmedy für Volksbefragung

Ein erfreuliches Ergebnis der belgischen Gemeindevahlen

Brüssel, 11. Oktober.

Die belgischen Gemeindevahlen zeigen im ganzen einen eindeutigen Sieg der sozialistischen Partei. Sie konnte 22 absolute Mehrheiten neu erobern. In den ehemaligen deutschen Gebieten Eupen und Malmedy läßt sich das Wahlergebnis noch nicht in allen Einzelheiten übersehen. Man kann aber schon jetzt mit voller Sicherheit behaupten, daß die Wähler nahezu ausschließlich den Parteien ihre Stimme gaben, die sich eine neue Volksbefragung zum Ziele gesetzt haben. Nach vorläufigen Ausrechnungen wird der Gemeinderat der Stadt Eupen aus 8 Mandaturen der deutschen Gemeinschaftsliste, 2 Sozialisten, 2 belg. Katholiken und einem Mittelstandsabgeordneten bestehen. In St. Vith: Deutsche Liste 6, belg. Katholiken 2, Sozialisten 1; in Aareren: Deutsche Arbeiter und Bauern 9, belgische Liste 2; Eynatten: Liste des Bürgermeisters 5, Belgier 4; Sankel: Deutsche Einheitsliste 5, Belgier 2; Bergenvath: Bürgerliche 6, Belgische Liste 4; Louken Herbeval: Bürgerliche Liste 7, darunter 5 Mitglieder des Heimatbundes, Arbeiter 2; Malmedy: 8 Sozialisten, 3 Belgier.

Die Wahlergebnisse im Bezirk von Eupen und Malmedy, der 1919 ohne Volksbefragung gewaltlos vom Reiche getrennt worden ist, beweisen, daß die Bevölkerung dieser Gebiete auch heute noch nach jählicher Zugehörigkeit zu Belgien, eine Abstimmung über diese Frage wünscht. Bisher hat es die belgische Regierung allerdings stets abgelehnt, eine solche Abstimmung anzunehmen und damit dem Volkswillen Rechnung zu tragen — offenbar in Befolgung, dieser Volkswille könne sich für Deutschland entscheiden.

Begrüßenswerte Zusammenarbeit

8. Kongreß der christlich-demokratischen Parteien.

Mün, 11. Oktober. (E. M.)

Unter dem Vorsitz eines Vertreters der Deutschen Zentrumspartei fand dieser Tage hier die 8. internationale

Konferenz der christlich-demokratischen Parteien statt, an der Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs, Polens und der Niederlande teilnahmen. U. a. wurde einstimmig eine Entschließung über die Zusammenarbeit der europäischen Staaten über die Agrarfrage, Arbeitslosigkeit und Handelspolitik angenommen.

Die Zusammenarbeit zwischen den christlich-demokratischen Parteien der europäischen Länder ist außerordentlich erfreulich. Die christlich-demokratischen Gruppen sollten sich nicht vor der Diffamierung scheuen lassen, die man heute gegen das Wort „international“ und jede Form der internationalen Zusammenarbeit richtet. Vielmehr wäre wünschenswert, daß die internationale Zusammenarbeit im Geiste der christlichen Weltanschauung noch viel intensiver und ergebnisreicher gestaltet würde als bisher.

Frankreichs neuer Vorschlag

Paris, 11. Oktober.

Der in Genf weilende Außenminister des Petit Parisien berichtet, der französische Abrüstungsplan, dessen Bestimmungen an das Locarno-Abkommen erinnern, enthalte ein allgemeines Abrüstungsabkommen, einen allgemeinen Konsultationspakt, ein regionales Abkommen über den Weisand, die Sicherheit und die Kontrolle, ein Abkommen über die allmähliche

Schaffung einer internationalen Streitmacht

und ein Protokoll über die Anwendung des Grundfahes der Gleichberechtigung. Der Plan verpflichtet die vertragsschließenden Teile, im Konfliktfalle sofort zusammenzutreten, um die Lage zu prüfen und, wenn die kriegführenden Staaten auch zu den Unterzeichnern des neuen Paktes zählen, binnen 48 Stunden die Feindseligkeiten einzustellen. Andernfalls werden sämtliche obligatorischen Verpflichtungen, die alle vertragsschließenden Teile binden, in Kraft treten.

ereingänge künftiger Jahre vorzulegen können, um damit produktive Arbeiten zu finanzieren. Wie schon bisher sollen dazu Anleihegeschäfte gelehrt und die Anleihen bei den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten verpfändet werden.

Für die von uns vorgeschlagene zentrale Lösung dieses umfassen Problems ist es notwendig, Anschluss an den bestehenden Geldverkehr und dann die zentrale Notenbank, die Reichsbank, zu finden. In welcher Form man das tut, ist eine Frage der technischen Zweckmäßigkeit. Nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen kann man annehmen, daß grundsätzliche Widerstände gegen diese Seite der Angelegenheit kaum erhoben werden.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Gereke mit Nachdruck auf den großen Ernst der Lage hin. Es sei außerordentlich zu bedauern, daß man mit der Beratung dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms so lange gezögert habe. Selbst unter günstigsten Voraussetzungen brauche es natürlich auch einige Wochen zum Anlauf und der Winter liege schon nahe vor der Tür. Hätte man nach Bekanntwerden des Programms sofort darüber entschieden, dann wäre man heute bereits mitten in der praktischen Arbeit. Das bisherige Ergebnis der Arbeitereinstellungen sei recht unbefriedigend, noch dazu, wenn man bedenke, daß wir nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung über sieben Millionen Arbeitslose haben, von denen ein Teil wegen der verschärften Bedürftigkeitsprüfung lediglich nicht mehr in den amtlichen Listen erscheine.

Dr. Gereke schloß mit einem Appell an die anwesenden Vertreter der Gemeinden, über alle Parteigegensätze einig zusammenzutreten in dem Willen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Die Vereinigung der kleineren sächsischen Landgemeinden faßte einstimmig folgende Entschlüsse:

Die Finanznot der sächsischen Landgemeinden ist trotz der Reichswohlfahrtsliste so groß geworden, daß eine durchgreifende Hilfe von Reich und Land Platz greifen muß.

Die Hauptversammlung der Vereinigung der kleineren sächsischen Landgemeinden erließ in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung einen großzügigen Versuch, die deutsche Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu mildern. Sie hält aber diese Maßnahme noch nicht für ausreichend, um auch der auf dem Lande wohnhaften arbeitslosen Bevölkerung wieder den Weg zu den Arbeitsplätzen zu ebnen. Sie bitte die Reichsregierung, das Wirtschaftsprogramm im Sinne der Forderung für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Behebung der Arbeitslosigkeit, die der deutsche Landgemeindevorstand veröffentlicht hat, zu erweitern.

Die von allen deutschen Gemeindeverbänden immer wieder erhobene Forderung einer einheitlichen Reichsarbeitslosenliste mit dem Ziel einer Entlastung der Gemeinden wird voll unterstützt. Bis zu ihrer Erfüllung ist eine Veränderung des Schließers der Reichswohlfahrtsliste zugunsten der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände und deren Gemeinden, sowie eine allgemeine Erhöhung der Reichswohlfahrtsliste erforderlich.

Wir haben die Rede Dr. Gerekes hier so ausführlich und an bevorzugter Stelle wiedergegeben, weil Dr. Gerekes Programm in den Erörterungen über die Arbeitsbeschaffung eine ganz hervorragende Rolle gespielt hat und noch spielt. Auch bei den Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten hat dieses Programm als Basis für eine wirtschaftspolitische Zusammenarbeit eine Rolle gespielt. Man hat dabei von Seiten des Zentrums erklärt, daß gewiß gegen einzelne Punkte des Gereke-Planes Bedenken vorgebracht werden könnten, daß aber der Plan als Ganzes durchaus brauchbar sei. Unter dem Druck dieser Verhandlungen hat dann auch die Reichsregierung dem Plan Dr. Gerekes Beachtung geschenkt, ohne aber bisher zu praktischen Schlussfolgerungen zu kommen. Auf jeden Fall wird man den Gedankengängen Gerekes, denen auch der Reichspräsident v. Hindenburg sympathisch gegenübersteht, auch weiterhin größte Beachtung schenken müssen.

Herriot Donnerstag in London

Paris, 11. Oktober.

Das teilt mit, daß die Begegnung zwischen MacDonald und Herriot, deren Zeitpunkt noch nicht feststand, am 13. Oktober in London stattfinden werde. Herriot wird Paris am Mittwoch verlassen.

Die Tatsache, daß Herriot nach anfänglichem Zögern die Einladung zu einer Sonderbesprechung mit MacDonald doch angenommen hat, ist in erster Linie wohl dadurch zu erklären, daß der französische Ministerpräsident versuchen wird, nach bewährtem Muster vor der Bier- oder Bismarck-Besprechung, falls diese zustandekommen sollte, mit England in einer Vorbesprechung ein Einverständnis zu erzielen, das die französischen Forderungen für die Rückbesprechung möglichst weit sichern soll. Man darf in diesem Zusammenhang an den im März dieses Jahres erfolgten Anbiederungsversuch des Herrn Tardieu erinnern, der vor der Londoner Donautagung eine Vorbesprechung mit England zu erreichen versuchte. Die englische Regierung läßt durch das Reuters-Büro eine Erklärung verbreiten, die deutsche Befürchtungen über den Besuch Herriots zerstreuen soll. Es besche, so heißt es in der Reuters-Erklärung, für Deutschland und Italien kein Grund, wegen des Besuches des französischen Ministerpräsidenten eine höhere Haltung einzunehmen, denn es sei nicht notwendig, diese beiden Länder erst von der Richtigkeit einer Bierkonferenz zu überzeugen. Der einzige Grund, der die britische Regierung veranlaßt habe, Herriot einzuladen, sei der lebhafteste Wunsch der britischen Regierung, jede Schwierigkeit zu beseitigen, die der Konferenz hinderlich sein könnte.

Gronau in Rangun

Das Flugzeug unbeschädigt.

Mit. Berlin, 11. Oktober. In einem hier eingetroffenen Funkpruch teilt Wolfgang v. Gronau mit, daß das Flugboot im Schleppe der „Carapota“ Dienstag früh in Rangun eingetroffen ist. Die Besatzung sei wohltauf, die Maschine in bester Verfassung. Er hoffe, recht bald weiterfliegen zu können.

Grubenunglück in Transvaal

Mit. Johannesburg, 11. Oktober.

Bei einem Grubenbrand wurden 12 weiße und 45 ein- geborene Bergarbeiter infolge Gasentwicklung getötet.

Der zweite Prozeßtag in Leipzig

Der Vertreter der Reichsregierung muß sich entschuldigen

Mit. Leipzig, 11. Oktober.

Das Interesse der Öffentlichkeit an dem Streitverfahren zwischen Preußen und dem Deutschen Reich bekundet sich auch am zweiten Verhandlungstag durch den starken Andrang von Publikum und Presse. Ministerialdirektor Dr. Vrecht gab bei Verhandlungsbeginn eine Erklärung ab, in der er betonte, die preussischen Minister (außer dem abberufenen Ministerpräsidenten Braun und Innenminister Severing) würden es im Interesse des Landes nicht abgelehnt haben, mit dem Reichskommissar, jeder für sein Ressort, ebenso zusammenzuarbeiten, wie es jetzt die Staatssekretäre tun, wenn auch unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsverwahrung. In diesem Sinne hätten sich mehrere Minister bereits in der Frühe des 20. Juli geäußert. Ministerialdirektor Vrecht erklärte namens des Ministerpräsidenten Braun,

daß die Behauptung, Ministerpräsident Braun habe sich dadurch bestreitet erklärt, daß sein Gehalt voll weitergezahlt würde, unwahr ist.

Ministerialdirektor Dr. Gottheimer meinte gegenüber den Ausführungen Dr. Vrechts über die Bereitschaft der Minister zur Mitarbeit mit dem Reichskommissar, daß diese Darlegungen keine völlige Klärung im Sinne einer Bejahung der gestrigen Frage des Vorsitzenden bedeuten könnten; denn Herr Vrecht habe nur von der Bereitwilligkeit der Mitarbeit der Minister für die einzelnen Ressorts gesprochen, was ungenügend wäre. Was die Gehaltszahlungen anlangt, so habe ich, betonte Dr. Gottheimer, gestern erklärt, der preussische Ministerpräsident hat alsobald nach der Eröffnung, daß er von der Ausübung der Obliegenheiten seines Amtes entbunden sei, eine Feststellung nach der Richtung treffen lassen, wie es denn nun mit seinem Gehalt wäre. Daß diese Anfrage auf Veranlassung der Rechtsvertretung des Ministerpräsidenten erging, war mit nicht beehmt.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke betonte, er sei überzeugt, daß es Ministerialdirektor Dr. Gottheimer fernlegen habe, Andeutungen zu machen, als sei die Gehaltsfrage für den Ministerpräsidenten Braun das einzig Wesentliche an der ganzen Sache, und daß auch er der Meinung sei, daß bei einer Persönlichkeits wie dem Ministerpräsidenten Braun eine derartige Unterstellung nicht am Platz wäre. (Ministerialdirektor Dr. Gottheimer nicht bejahend.)

Vizepräsident Dr. Bumke wies auf den verschiedenen Zeugnisaussagen, dem Staatsgerichtshof fehle, auch wenn er noch so souverän sei, die prozedurale Berechtigung, Parteien, wie A. B. den Minister Severing, den Reichsanwalt v. Papen, als Zeugen zu vernehmen. Was die Beziehungen zwischen der Regierung v. Papen und den Nationalsozialisten betreffe, scheine es kaum denkbar zu sein, daß Einigkeit zwischen der Regierung v. Papen und den Nationalsozialisten darin bestand, daß mit der preussischen Regierung Schluß gemacht werden müsse.

Er zweifle daran, ob eine Zeugenvernehmung in diesem Punkte weiterführen würde. Dies würde nur dann der Fall sein,

wenn die Behauptungen, über die die Zeugen vernommen werden sollen, in sehr präziser Form vorgetragen werden.

Prof. Dr. Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags, präziserte das Beweisverhältnis für die Zeugenvernehmung dahin, daß von vornherein die Regierung v. Papen mit der NSDAP Abmachungen über die Beteiligung der preussischen Regierung getroffen habe. Mit der Ladung maßgebender Mitglieder des Herrenklubs solle bewiesen werden,

daß von einer unabhängigen und unparteiischen Regierung die nur die Bürgerkriegssituation bestempeln wollte, gar keine Rede sein könne.

daß vielmehr sehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden.

Severing zum Leipzig Prozeß

Berlin, 11. Oktober. (E. M.) Minister Severing, der gestern in Jwkau in einer Wählerversammlung sprach, hat einem Vertreter der „Post“ gegenüber mit Bezug auf die Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Gottheimer, daß er dem Reichsinnenminister v. Gaal die Einsetzung eines Reichskommissars selbst empfohlen habe, folgendes erklärt:

„Ich habe niemals Herr v. Gaal zu der Einsetzung eines Reichskommissars ermutigt.“

Ich habe ihm in einem Gespräch lediglich gesagt, daß ich mit sehr wohl denken könne, daß nach den Reichstagswahlen die Zeit reif sein werde, um jenen Plan der Bewerksichtigung näherzubringen, der im Sommer 1931 zwischen Ministerpräsident Braun und Reichsanwalt Brüning erörtert worden ist: In einer Personalunion zwischen Reich und Preußen eine Zusammenlegung der Ministerien herbeizuführen. Ich habe aber andererseits

im Gegenteil dringend gebeten, nicht ohne gesetzliche Grundlage einen Reichskommissar einzusetzen.

Ich habe späterhin auch eine öffentliche Erklärung über mein Gespräch mit Herrn v. Gaal veröffentlicht, als Gerüchte im Gange waren, daß das Reichsinnenministerium die preussische Polizei auf das Reich übernehmen wolle. Ich habe Herrn v. Gaal gesagt, ob er die Quelle dieser Gerüchte kenne. Herr v. Gaal hat damals verneint und dabei sich noch auf meine Erklärung berufen, daß die preussische Polizei fest in der Hand der Regierung sei. Ein anderes Gespräch über die Einsetzung des Reichskommissars habe ich mit Herrn v. Gaal nicht gehabt.

Herr v. Gaal wird sich zu dieser Erklärung Severings, die ihm indirekt Unaufrichtigkeit vorwirft, äußern müssen. — Einen ausführlichen Bericht über die Verhandlung des Staatsgerichtshofes, auf die sich die Äußerung Severings bezieht, bringen wir im Innenblatt.

Rumpftagung des Ausw. Ausschusses

Berlin, 11. Oktober.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fried (Nazif.) zusammen, um über Laufanne, Abrüstung und Wählerbündeltagung zu beraten. Von der Regierung war kein Vertreter erschienen. Auch die Deutschnationalen nahmen an der Sitzung nicht teil. Alle übrigen Fraktionen hatten Vertreter entsandt; auch die Sozialdemokraten hatten vor der Ausschlußsitzung beschlossen, an der Sitzung teilzunehmen. Für das Zentrum war nur der Abg. Bell als Beobachter erschienen. Auch die Nationalsozialisten hielten vor der Ausschlußsitzung noch eine längere interne Beratung ab.

Zu Beginn der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gab der Vorsitzende Kenntnis von dem Schreiben, in dem er den Reichsaussenminister zu der Sitzung eingeladen habe, sowie von der Antwort des Reichsaussenministers, in der dieser darauf hinwies, daß die Wählerbündeltagung noch nicht beendet sei, daß er aber auch sonst nicht im Ausschuß erscheinen könne, so lange nicht die bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt sei.

In der anschließenden Geschäftsordnungsdebatte wurde von verschiedenen Fraktionen der Standpunkt vertreten, daß eine sachliche Aussprache über die Beratungspunkte ohne Anwesenheit der Reichsregierung nicht dem Sinn und Zweck des Auswärtigen Ausschusses entsprechen würde.

Vollmachten für Schacht

Wie die LU. erzählt, schweben Erwägungen darüber, den Reichsbankpräsidenten a. D. Dr. Schacht, der am Montagabend aus London zurückkehrte, mit der Funktion eines Reichskommissars für das Bankwesen zu betrauen. Ob dies in der Form geschehen soll, daß Dr. Schacht den Posten des jetzigen Reichskommissars übernimmt, oder in anderer Form, steht noch nicht fest. Jedenfalls würden keine Zuständigkeiten gegenüber denen des in der Notverordnung vom 21. September 1931 geschaffenen Reichskommissars eine Erweiterung erfahren. So erwägt man u. a. auch eine härtere Einkreisung des durch Dr. Schacht zu übernehmenden Auftrags auf das in der genannten Notverordnung geschaffene Kuratorium für das Bankgewerbe.

Der Kanzler vor der bayerischen Presse

Mit. München, 11. Oktober. Reichskanzler v. Papen empfing heute vormittag im Auswärtigen Ministerium die Vertreter der Presse. In einer kurzen Ansprache erklärte der Reichskanzler, die Regierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bewusst auf föderalistischem Standpunkt stehe, daß die Lösung der großen Aufgaben, die ein neues Deutschland schaffen sollen, nur möglich sei, wenn man alle Kräfte zur Mitarbeit heranziehe. Der Kanzler würdigte weiter die großen Aufgaben der Presse, an dem großen Ziel mitzumachen, das Reich neu und größer auf einer Volksgemeinschaft aus dem Erlebnis des großen Welterringens wieder aufzubauen.

* Reichskanzler v. Papens Rede „Vertrauen schafft Arbeit“, die er Mittwoch vormittag auf der Bayerischen Industriekongress in München von 11.30 Uhr bis etwa 12.15 Uhr hielt, wird als Reichsleistung des Deutschen Rundfunks über alle deutschen Sender verbreitet.

NSDAP-Rundgebung im Sportpalast verboten

End. Berlin, 11. Oktober. Die von den Nationalsozialisten für Montagabend angekündigte Rundgebung im Sportpalast, bei der Dr. Goebbels und der Landtagspräsident Kerrl sprechen sollten, ist aus Sicherheitspolizeilichen Gründen verboten worden.

Zeppelin über den Kanarischen Inseln

Friedrichshafen, 11. Oktober. Nach einem Funkpruch von Bord des Graf Zeppelin hat das Luftschiff am 10. (mei.) die Kanarische Inselgruppe passiert. Die Geschwindigkeit beträgt etwa 120 Stundenkilometer.

Ein bekannter Wendenführer gestorben

Wauzen, 11. Oktober. Der bekannte Wendenführer Prof. Dr. Ernst Mude, der als Sprachforscher internationale Bedeutung erlangt hat, ist am Montagabend im Alter von 79 Jahren gestorben.

Landestagung der Nationalsozialisten

Chemnitz. Die politischen Leiter des Gauess Sachsen der NSDAP kamen hier zusammen, um die Parolen für den Wahlkampf entgegenzunehmen. Nachdem Landesinspektur Wuschmann einen kurzen Überblick auf die politische Lage gegeben hatte, sprachen Oberführer Laß, Gaupropagandaleiter Behold, Landtagsabgeordneter Dr. Fritsch usw., worauf Reichpropagandaleiter Dr. Goebbels eine längere Rede hielt, in der er u. a. ausführte, daß man die NSDAP zur Legalität verpflichtet habe, um sie gegen die Partei zu gebrauchen. Jetzt aber beantrage die NSDAP die Legalität, weil sie für die NSDAP spreche. Am 13. August habe man versucht, Hitler vom Volk zu trennen; Hitler sollte Ehren und Würden haben, aber sein Programm zu Hause lassen. Die Verantwortung übernehme die NSDAP, wenn man ihr die Macht gebe. Der Wahlkampf werde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchgeführt werden. — Landtagsabgeordneter Kunz sprach über die sächsischen Gemeindevahlen. In der Gemeindepolitik würde keine Richtungsabweichung getrieben, sondern nur eine Politik schleichend. Die Partei lehne es grundsätzlich ab, sich an Einheitslisten oder sonstigen Bestrebungen zur Bildung einer antimarginalistischen Front zu beteiligen.

Warnsdorf. Beim Klettern abgestürzt. In den Thyrar Wäldern stürzte der 20 Jahre alte Student Hellmuth Halfel aus Luftpumpe von einem 25 Meter hohen Felsen ab. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verschied er eine halbe Stunde später. Der Bergführer ist der Sohn des Hauptgeschäftsführers des „Aussiger Tageblattes“ und studierte in Prag; er war als leidenschaftlicher und guter Kletterer bekannt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Meist schwache Winde aus Süd bis West. Veränderlich. Zunächst vorwiegend hart bewölkt. Dertlich Nebel. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Zeitweise leichte Niederschläge.

Eine S
Zentrum
18. Oktober,
Hilf. Alle
willkommen.

Bezirks
18. Oktober
Alle Ortsgro
müssen vert

Die Be
trauensleite
ten Namenh
18. Oktober,
berstraße 28,
8 Uhr im 20.
8 ff

veranstaltet
den) und
kommunali
beutung der
meinbedingl

Der Kre
Parteilang
Goldne We
2 Uhr. Die
Beteiligung
teraz des K
Befprechung
legenheiten

Dresden, V
21. 10.,
Straße.
Arbeit be
schließlich
für die F
vorgenom
weilen Da
Dresden, 8
am Montag
gegeben.
Dresden, 8
Freitag,
Stadtoer

Dresden-Joh
gebung fi
sel, Augu
meter W
Dresden-Ne
lung, Co
Müller
Dresden-Löb
sammlung
sprechen
ordneter
Dresden-St
Co spre
Müller
Dresden-Got
Reißner
Harrer
Dresden-Pl
zger Str
für G r a
Dresden-St
sprechen
Dresden-Pl
lung, Ne

Die
logos
ein g
Recht
Roth
der V
Ligen
Ausf

Die
Deutschlan
eigenlich
Soldaten
dem Präsi
ihm geüb
durchgebil
was er tat.

Er hat
an die per
marila be
läßt. Er
Träger der
Rückicht
vertraute
und deder
Problemen
sienen per
der deutsch
gestellt ma
schließenhei
als dessen
Schranken
Er hat sid
wendigsteit

Das Zentrum kämpft in Sachsen

Bezirkshonferenzen

Bezirkshonferenz Leipzig

Eine Sitzung aller Ortsgruppen und Vertrauensleute der Zentrumsparlei im Wahlkreis Leipzig findet am Sonntag, 16. Oktober, nachmittags 1/4 Uhr im Kolpinghaus, Wiesenstr. 23, statt. Alle Orte müssen vertreten sein! Mitarbeiter herzlich willkommen.

Bezirkshonferenz Plauen

Bezirkshonferenztage des Bezirks Plauen am Sonntag, 16. Oktober, 5 Uhr nachmittags, im katholischen Vereinshaus. Alle Ortsgruppen und Vertrauensmänner im Bezirk Plauen müssen vertreten sein.

Bezirkshonferenz Nordlausitz

Die Bezirkshonferenztage für die Ortsgruppen und Vertrauensleute für den Bezirk Südlausitz (Hauptmannschaften Kamenz, Bautzen und Zittau) findet am Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr im Kolpinghaus Bautzen, Gerberstraße 26, statt. Im Anschluss an den Bezirkstag wird abends 8 Uhr im Kolpinghaus, Gerberstraße 26, eine öffentliche Gemeindeversammlung veranstaltet.

Bezirkshonferenz Zittau

Der Kreisverband Südlausitz hält seinen außerordentlichen Parteitag am Sonntag, den 16. Oktober in Zittau, Hotel „Goldne Weintraube“, Bahnhofstraße, ab. Beginn pünktlich um 2 Uhr. Die angeschlossenen Ortsgruppen werden um harte Beteiligung ersucht. Die Tagesordnung bringt außer dem Referat des Kreisvorsitzenden die Aufstellung des Parteikalenbers, Besprechung über die Gemeindevahlen und verschiedene Angelegenheiten des Kreises. Keine Ortsgruppe darf fehlen.

Verfammlungsplan

Stadtbezirk Dresden

Dresden. Mitgliederversammlung am Freitag, den 21. 10., 20.30 Uhr im Saale von Schilde Hotel, Carolastraße. — Stadtverordneter R. Müller berichtet über die Arbeit des Zentrums im Dresdner Stadtparlament. Anschließend wird die Aufstellung der Kandidaten des Zentrums für die Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums am 13. 11. vorgenommen. Zutritt zu der Versammlung nur gegen Vorweisen der Mitgliedskarte.

Dresden. Große Wahlkundgebung der Zentrumsparlei am Montag, den 31. 10., 20 Uhr. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Dresden. Kommunalpolitische Kundgebung am Freitag, 11. November, 20 Uhr im Kolpinghaus. Es spricht Stadtverordneter R. Müller.

Dresden-Johannisbad. Mittwoch, den 19. 10., 20 Uhr Wahlkundgebung für Dresden-Ost im großen Saale von Hammer's Hof, Augustburger Str. 7. — Es sprechen Reichstagsabgeordneter W. K. Müller und Stadtverordneter R. Müller.

Dresden-Neustadt. Montag, 24. 10., 20 Uhr Bezirkshonferenztage. Es sprechen Dr. R. Karisch (Freiberg) und Stadtverordneter Müller.

Dresden-Zittau. Donnerstag, den 27. 10., 20 Uhr Bezirkshonferenztage im Ratskeller Zittau, Tharandter Straße. — Es sprechen Generalsekretär Grobbel (Berlin) und Stadtverordneter Müller.

Dresden-Striefen. Freitag, 28. 10., 20 Uhr Bezirkshonferenztage. Es sprechen Pfarrer Kirisch (Reichenbach) und Stadtverordneter Müller.

Dresden-Götha. Sonnabend, 29. 10., 20 Uhr in der Konstantia, Reihner Landstraße 4, Bezirkshonferenztage. Es sprechen Pfarrer Kirisch (Reichenbach) und Stadtverordneter Müller.

Dresden-Vieslitz. Freitag, den 4. 11., 20 Uhr bei Wäghle, Leipziger Straße Bezirkshonferenztage. Es sprechen Generalsekretär Grobbel (Berlin) und Stadtverordneter Müller (Dresden).

Dresden-Ströhen. Montag, 7. 11., Bezirkshonferenztage. Es sprechen R. Waraczewski und Stadtverordneter Müller.

Dresden-Plauen. Dienstag, den 8. 11., 20 Uhr Bezirkshonferenztage. Redner Dr. Karisch und Stadtverordneter Müller.

Hindenburg und die Außenpolitik

Aus Anlaß des 86. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg erschien in der Verlagsschrift Otto Stollberg, G. m. b. H., Berlin SW 11, ein größeres Werk, das die menschliche, staatsmännliche und militärische Persönlichkeit Hindenburgs würdigt. Den Heldentum Hindenburg schildert der General Eichenhart-Rothe, den Menschen und Staatsmann Erich Marsch, der Altmeister der historischen Forschung. — Wir veröffentlichen aus seinem Beitrag die folgenden interessanten Ausführungen:

Die Außenpolitik war für das geschlagene und geprehte Deutschland der eigentliche Quell aller politischen Arbeit, das eigentlich Ziel. Für den Heldentum des Weltkrieges, den alten Soldaten, war sie erst recht. Die Reichsverfassung überwiegt dem Präsidenten einen festen Einfluß auf sie, schon Ebert hatte ihn geübt und gewahrt, Hindenburg hatte ihn sehr ernsthaft durchgebildet. Die Idee der Befreiung hat über alles geschwiegt was er tat.

Er hat sich nie in ein Schlepptau nehmen lassen, sich niemals an andere hingeben, weder an seine offiziellen Berater, noch an die persönlichen, die er anhören wollte, er hat nie eine Kammerlaube besessen und stets eine selbständig freie Abwägung gemacht. Er ist wie Wilhelm I., immer gegen die legitimen Träger der Regierungsgewalt korrekter verfahren und hat ihnen Rücksicht und Treue erwiesen, vollends da, wo er persönlicher vertraute. Er war seiner Verantwortung bewußt, die er ihnen, und derer, die er über sie hinaus dem Reiche schuldete. In den Problemen der „Verständigungspolitik“ war er sich, gegenüber seinen persönlichen Wünschen und Empfindungen, des Grenzen der deutschen Möglichkeiten in der Lage, in die er nun hinein gestellt war, scharf bewußt: der Machtlosigkeit, der Eingekerkeltheit seines entworfenen Staates, er sah sein Wirken als dessen Haupt — überall, und hier ganz besonders — in feste Schranken gebannt, in solchen Schranken wirkte ja ein Mensch. Er hat sich dieser Lage eingestuft und sein Reich ihren Notwendigkeiten eingeordnet.

Dresden-Friedrichstadt. Mittwoch, 9. 11., 20 Uhr Bezirkshonferenztage. Redner J. G. Somieski und Stadtverordneter Müller. Dresden-Zschopau. Tag und Lokal wird noch bekanntgegeben. Redner E. Kladezki (Weißhen) und Stadtverordneter Müller.

Kreisoberhauptmannschaft Dresden

Ortsgruppe Vögnitz, Röhlschroda. Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, Vereinszimmer, Borjir. 11, Jungendveranstaltung. Redner: Herr Dr. R. Karisch, Dresden, und Vorsitzender der Zentrumsjugend Sachsen, Gerhard Baehold, Dresden.

Dippoldswalde. Freitag, 14. 10., 20 Uhr im Hotel zum Stern. Redner Dr. R. Karisch (Dresden).

Hofterwitz-Platt. Sonntag, 16. 10., 17 Uhr, Gasthof Hofterwitz, Bergstraße.

Wettlau. Sonntag, 16. 10., nachmittags (Stunde wird noch bekanntgegeben). Redner: Dr. R. Karisch (Dresden).

Verglehübel. Sonntag, 16. 10., 20 Uhr. — Redner: Dr. R. Karisch (Dresden).

Streitza. Dienstag, den 18. 10., 20 Uhr: Dr. Deoznyh (Dresden).

Rönigsbrück. Mittwoch, 19. 10., 20 Uhr. — Redner: F. Jensch (Dresden).

Radeburg. Donnerstag, 20. 10., 20 Uhr. — Redner: Apotheker S. Tränkner (Dresden).

Radeberg. Donnerstag, den 20. 10., 20 Uhr. — Redner: E. Kladezki (Weißhen).

Oederan. Freitag, 21. 10., 20 Uhr. — Redner: Dr. R. Karisch (Dresden).

Großenhain. Sonnabend, 22. 10., 20 Uhr. — Redner: Dr. R. Karisch (Dresden).

Heidenau. Sonnabend, 22. 10., 20 Uhr. Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Rönigshein. Sonntag, 23. 10. (Stunde wird noch bekanntgegeben). Apotheker S. Tränkner (Dresden).

Bad Schandau. Sonntag, 23. 10. (Stunde wird noch bekanntgegeben). — Redner: Apotheker S. Tränkner (Dresden).

Weinböhla. Sonntag, den 23. 10., 20 Uhr im Centralgasthof. Es sprechen Herr und Frau Stadtbibliothekar Vullmann (Dresden).

Sebitz. Dienstag, 25. 10., 20 Uhr. Es spricht Frau Stadtbibliothekar Vullmann (Dresden).

Freiberg. Donnerstag, 27. 10., 20 Uhr, 3 Raben. — Redner: Pfarrer Kirisch (Weißhenbach).

Freital. Sonntag, 30. 10., 20 Uhr im kath. Vereinshaus, Johannisstr. 2. — Es spricht: Frau Stadtbibliothekar Vullmann (Dresden).

Plena. Sonntag, 30. 10., 20 Uhr. — Redner: F. Gänther (Leutersdorf) und H. Sagemeier (Dresden).

Für die Wahlpropaganda

bitten wir unsere Freunde im Lande folgendes zu beachten:

1. Flugblätter. Die Bestellung der Flugblätter mit Hilfe des den Ortsgruppen zugesandten Formulars muß möglichst rasch erfolgen, wenn die Belieferung rechtzeitig erfolgen soll. Der erste Sonderdruck aus der S. B. erscheint in der Woche nach dem 16. Oktober. Das allgemeine Flugblatt wird nach vor Sonntag, den 30. Oktober in den Händen aller Ortsgruppen sein.

2. Versammlungen. Lokal und Stunde der festgesetzten Versammlungen bitten wir in jedem Falle an Dr. Deoznyh, Dresden, Völscherstr. 17, mitzuteilen, damit die Veröffentlichung im Parteikalenber genau ist. — Auch an den für die Versammlung gewonnenen Redner ist in jedem Fall eine Bestätigung der Zusage unter genauer Angabe von Stunde und Lokal empfehlenswert.

3. Die Werbeposten, deren Verkauf der Finanzierung des Wahlkampfes dienen soll, gelangen am Mittwoch, den 12. und Donnerstag, den 13. Oktober zum Versand. Die Werbeposten müssen in allen Versammlungen angeboten werden. Dort wo Versammlungen vorgenommen werden, bitten wir, die Karten auch den Vertrauensleuten mitzugeben, die die Sammlung vornehmen.

Für rasche Arbeit sind wir unseren Freunden dankbar. Wir lassen uns nicht entmutigen! Mit gleicher Entschlossenheit wie im Juli kämpfen wir für den Sieg unserer guten Sache!

Landesvorstand der S.P.

Reichen, Montag, den 31. 10., 20 Uhr. — Redner: F. Gänther (Leutersdorf) und R. Waraczewski (Dresden). Weißhübel, Montag, 31. 10., 20 Uhr im Hotel Stadt Dresden. — Redner: Apotheker S. Tränkner (Dresden). Tharandt, Dienstag, 1. November, 20 Uhr im Schützenhaus. — Redner: F. Jensch (Dresden). Coswig, Dienstag, 1. November, 20 Uhr. — Redner: E. Kladezki (Weißhen).

Freiberg, Mittwoch, 2. 11., 20 Uhr, 3 Raben: Frauenversammlung. — Es spricht Fräulein Barbara Burische (Heidenau).

Neustadt i. Sa. Mittwoch, den 2. 11., 20 Uhr. — Redner: F. Jensch (Dresden).

Radeburg, Donnerstag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: R. Waraczewski (Dresden).

Röhlschroda, Donnerstag, 3. November, 20 Uhr Restaurant Goldene Weintraube. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Donnerstag, 3. 11., 20 Uhr Sangerheim. — Redner: J. Somieski (Dresden).

Röhlschroda (Tag wird noch bekanntgegeben). — Redner: Apotheker Tränkner (Dresden).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg). Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Radeburg, Freitag, 3. 11., 20 Uhr. — Redner: Dr. Karisch (Freiberg).

Postkaffner und Postboten, der für den Aufstieg in Stellen des mit leren Postdienstleistungen geprägten Beamten sowie jener der technischen Betriebszweige; ferner schärfste Bekämpfung der auf Ueberführung der DRP. in eine nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geleitete Gesellschaftsform gerichteten Bestrebungen und die ungehemmte Ausbreitung des Berufsbeamtenstandes bei der DRP, weil hierin die beste Gewähr für die Wahrung des Postbetriebs, eine zuverlässige Behandlung der Postfachen und ein sicheres Funktionieren der dem öffentlichen Interesse dienenden Nachrichtenübermittlung erblickt wird. In der Einrichtung einer Postparaphie sieht der Verband eine geeignete Maßnahme, um den Spartrieb zu neuer, vom Vertrauen in die Sicherheit der angelegten Gelder für Zwecke der Wirtschaft und damit der Arbeitsbeschaffung getragener Betätigung zu erwecken.

Zu wirksamem Zwecke wiederholten die im Reichsverband vereinigten Postbeamten (147 000) durch eine einmütige Rundgebung des Verbandstages ihr Verlangen zum demokratischen Volkswahl und zu streng verfassungsmäßiger Staatspolitik. Die innere Einigkeit der Postbeamten des Reichsverbandes auch in der einstimmigen Wiederwahl des 1. Verbandsvorsitzenden, Postsekretär Franz Kugler (Berlin) zum Ausdruck.

Handel und Börse

Dresdner Börse vom 10. Oktober. Die neue Woche zeigte eine weitere Einschränkung der Geschäftstätigkeit. Ueberwiegend ergaben sich keine Abweichungen, die Allgemeintendenz war aber nicht unfruchtbar. Minus plus 4,5. Bauern Brau-

erel plus 3, Kunhanhalten Max plus 2, TPC plus 1,25 Prozent. Dagegen gaben ab Phönix 1, Schulz und Dresdner Chromo je 2, Dresdner Baugesellschaft 1,5 Prozent, Dresdner Album-Gesellschaft 4,75 Prozent, Anleihen uneinheitslich, Pfandbriefe behauptet.

Dresdner Produktbörse vom 10. Oktober. Weizen 75,5 kg 190-201; Roggen 70 kg 155-160; Futter- und Industrieerle 154-170; Sommergerste 180-194; Hafer inkl. neuer 132-138; Troggerste 9-9,20; Roggenmehl 12,50-13,50; Weizenmehl 9-9,30; Roggenmehl 9,40-10,40; Kaiser-Auszug 37 bis 39; Badermehl 32-34; Anlambweizenmehl August 35-37; Grießermehl 23,50-25; Weizenmehl 20-22; Roggenmehl Type 60 Prozent 20-26; Roggenmehl Type 70 Prozent 24-26; Roggenmehl 19-25.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 10. Oktober. Auftrieb: Ochsen 192, Bullen 248, Röhre 200, Kalben 127, Röhre 310, Schafe 1307, Schweine 1268, zusammen 4558 Tiere. Direkt von Fleischern angeführt: Rinder 27, Röhre 25, Schafe 135 und Schweine 808. Preise: Ochsen 1 32-34, do 2 25-32, do 3 24-27; Bullen 1 28-32, do 2 25-27, do 3 22-25, do 4 18-21; Röhre 1 28-30, do 2 20-27, do 3 22-25, do 4 10-21; Kalben 1 33-34, do 2 28-32; Röhre 1 -, do 2 40-48, do 3 42-48, do 4 30-41; Schafe 28-31, do 2 33-37, do 3 27-30, do 4 25-28; Schweine 1 -, do 2 50, do 3 48-49, do 4 45-47, do 5 42-47, do 7 45. Geschäftsgang: langsam. Ueberhand: Ochsen 40, Bullen 20, Röhre 20, Kalbeu 22, Röhre geräumt, Schafe 157, Schweine 25.

vergebens gesucht, Hugo Schnetter konnten 1 Prozent bewilligen. Anleihen allgemein schwächer, ebenso Pfandbriefe, Reichs- und Schatzanleihen.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 10. Oktober. Auftrieb: Ochsen 192, Bullen 248, Röhre 200, Kalben 127, Röhre 310, Schafe 1307, Schweine 1268, zusammen 4558 Tiere. Direkt von Fleischern angeführt: Rinder 27, Röhre 25, Schafe 135 und Schweine 808. Preise: Ochsen 1 32-34, do 2 25-32, do 3 24-27; Bullen 1 28-32, do 2 25-27, do 3 22-25, do 4 18-21; Röhre 1 28-30, do 2 20-27, do 3 22-25, do 4 10-21; Kalben 1 33-34, do 2 28-32; Röhre 1 -, do 2 40-48, do 3 42-48, do 4 30-41; Schafe 28-31, do 2 33-37, do 3 27-30, do 4 25-28; Schweine 1 -, do 2 50, do 3 48-49, do 4 45-47, do 5 42-47, do 7 45. Geschäftsgang: langsam. Ueberhand: Ochsen 40, Bullen 20, Röhre 20, Kalbeu 22, Röhre geräumt, Schafe 157, Schweine 25.

Berliner Produkten-Börse

Ämtliche Preisnotierungen. Berlin, 10.10.1932

Für Getreide u. Ölsaaten p. 100 kg. sonst p. 100 kg ab Station, alles in Reichsmark		Für Getreide u. Ölsaaten p. 100 kg. sonst p. 100 kg ab Station, alles in Reichsmark	
Weizen, märk.	202,0-204,0	Futtererbsen	14,00-17,00
Roggen, märk.	166,0-168,0	Feldbohnen	—
Gerste	174-184	Äckerbohnen	17,00-20,00
Erbsen	107-113	Wicken	—
Futtergerste	—	Linsen, blau	—
Weizenmehl I	136,0-140,0	Linsen, gelb	—
Weizenmehl II	—	Sesamöl	10,30-10,80
Roggenmehl I	—	Rapsöl	11,80
Roggenmehl II	—	Leinöl	—
Weizenkleie	9,40-9,70	—	—
Roggenkleie	8,40-8,80	—	—
Erbsen, Vikt.	22,00-22,00	—	—
Erbsen, klein	—	—	—

Dresdner Börse

	7. 10.	10. 10.	7. 10.
Anleihen bis 100 Mark Nennwert	83	82,5	82,5
Aktienkurse in Reichsmarkproz.	63	63	63
8 % da.	4	4	4
8 % da. Kred.	2	2	2
6 % da.	3	3	3

Deutsche Staatspapiere

	10. 10.	7. 10.
6 Dt. Wrth. Anl. v. 32	—	—
6 S. Staats-Anl. v. 29	83,5	83
6 Landeskulturanl.	85	85
6 Anl.-Schuld m. Aus.	40,75	—
6 ohne Ausl.-Sch.	6,75	6,35
4 D. Schutz.-Anl.	5,5	5,3

Schuldverschreibungen

	7. 10.	10. 10.
5 A. Dresd. G. u. Hyp.	74,75	74,75
8 % Opb.	—	—
8 % da.	2	2
8 % da.	3	3
7 % da.	4	4
6 % da.	5	5
5 % da.	6	6

Eisenbahn- u. Transport-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Dach, E. u. Gesell.	30	30
Sveincheri Hessa	29	30
8 % da.	4	4
8 % da.	5	5
8 % da.	6	6
8 % da.	7	7
8 % da.	8	8
8 % da.	9	9
8 % da.	10	10
8 % da.	11	11
8 % da.	12	12
8 % da.	13	13
8 % da.	14	14
8 % da.	15	15
8 % da.	16	16
8 % da.	17	17
8 % da.	18	18
8 % da.	19	19
8 % da.	20	20
8 % da.	21	21
8 % da.	22	22

Bank-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Allg. D. Kred.-Anst.	24	22,75
Brauerei	68,5	68,5
Com.- u. Priv.-Bank	53	53
Darmstädter	—	—
Deutsche Diskont.	75	75
Dresdner Bank	61,75	61,75
Dresdner Handelsab.	87	87
Leipz. Hypoth.-Bank	—	—
Reichsbank	122,75	124,5
Sächsische Bank	107	107

Papier-, Papierstoff- u. Photograph.-Artikel-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Dresdner Chromo	20	32
Heldensauer Papier	20,5	20,5
Manusa	17,5	17,5
Peniger Papiere	14,5	15,75
Thebe Papier	26	26
Rastener Papier	19	19
V. Fabrik phot. Pap.	—	—
do. Gen.-Scheiner	119	123
Strohdorn-Papier	68	68
Weißbrom. Papier	24	24
Zellulose-Papier	67	67
Zellulose-Vereine	4	4,5

Maschinenfabrik- u. Metall-Industrie-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Eoschweitzer Kart.	16,5	16,5
Schnellpressen	—	26,5
Strickmaschinen	—	—
Elberwerke	—	—
Ischer	—	—
Gebler-Werke	—	—
Großhain. Webst.	51,5	51,5

Carl Hamel

	7. 10.	10. 10.
Max Kohl	20,5	23
Phönix	28	28
Rockstroh	—	28,5
Sächsische Brauerei	—	—
Stahl Dörfen	24	24
Schleier	136,25	132,5
Schubert & Salzer	—	—
Sondermann & Söhne	—	—
Gebr. Unger	26	26
Union-Werke	11	11
Union Dörfen	55,5	55,5
Verein. Buchbinder	2,5	2,5
V. Metall Haller	20,5	21
Zittauer Maschinen	100	100

Elektr. Unternehmen-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Bergmann	112	110
Elektra	—	—
Gen.- u. Priv.-Bank	62,25	62,25
Kraftwerk Thüring.	127	127
Sachsenwerk	37,25	37,25
Sächsische Elektr.	81	81
Thür. Elektr.-Werk	120	—

Nähmaschinen- u. Fahrrad-Fabriken

	7. 10.	10. 10.
Clemens Müller	8,75	8,75
Nähmaschinen-Teile	—	—

Nürnberg, H. Werke

	7. 10.	10. 10.
Seidel & Neumann	14	14
Schäfers-Werke	—	—
Wanderei	27	28,5

Brauereien, Malz- und Spirit-Fabriken

	7. 10.	10. 10.
Löbauer Brauerei	61	61
Rastener	137	137
Berl. Kindbrauerei	261	261
Erste Kolmbacher	40	40
Böllinger	63	63
Peisenkeller	38,5	39
Leipziger Riebeck	40	40
Plauen. Lagerkeller	30	30
Radeberger Export	148	145
Sächs. Malzfabrik	71	71
Schloß Chemnitz	98	96
Waldschlösschen	—	—

Porzellan-, Ofen- und Chamottfabrik-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Hutschenreuther	—	—
Kabla	16,25	16,25
Rosenthal	40	41
Triplis	22	22
Keramag	34	34
Deutsche Ton	40,5	41
Meliner Ofen	13	13

Somag

	7. 10.	10. 10.
Steinl Magnesia	29	29
Triton	11	12,5

Glasfabrik-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Strobel	—	—
Sächs. Glas	—	—
Siemens	40	42,5
Walther & Söhne	—	—

Textilindustrie-Aktien

	7. 10.	10. 10.
kaumwoll. Zwilchen	11	10,5
Dittendorfer	141	140
Deutsche Jute	44	44
Dresdner Gardinen	21	21
Plauener Gardinen	—	29
Valenciennes	24	33

Verschiedene Industrie-Aktien

	7. 10.	10. 10.
Heidenberg	61	60
von Heyden	45	61,75
Gehe & Co.	25	25,5
Pritz Schm.	48	48
Wunderlich	33	34,5
riemann	170	170
Thimann	60	60
Jungferwerk	30	28
Kunst-Anstalt	78	78
Polyphonwerk	40	40
Ruschwey	11,7	12

Familien-Nachrichten

„Lasset die Kleinen zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich!“

Am Sonntagmorgen nahm der göttliche Kinderfreund unser innigstgeliebtes Kind und Bräucherchen

Hans Knobloch

In den Himmel in die Schar seiner Engel auf. Der liebe Kleine erreichte nur ein Alter von kaum 7 Jahren; eine fückische Krankheit setzte seinem Leben nach wenigen Tagen ein allzu frühes Ende. Mit ruhiger Andacht empfing er kurz zuvor die heiligen Sterbesakramente.

In tiefer Trauer Familie Alfred Knobloch. Nieckern, den 10. Oktober 1932. Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 3 Uhr auf dem äußeren katholischen Friedhof statt.

Statt Kartent

Beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen

Mater M. Pia Jäkel

sind uns in überreichem Maße Beweise der Liebe und Teilnahme erwiesen worden, wofür wir hierdurch Allen ein herzlich „Gott vergelt!“ aussprechen.

Chemnitz, Elisabeth-Haus, den 12. Oktober 1932.

Die Grauen Schwestern.

Bestattungen jeder Art Ueberführungen

auch mittels Kraftwagens (Neuhelt, Glas-Auto) übernehmen bei bester Ausführung zu tariflich festgesetzten Preisen auch aus allen städtischen Krankenhäusern, Kliniken usw.

Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr

Am See 26 Bautzner Straße 37
Fernruf 20157, 20158, 20159
Auch Sonntags geöffnet von vorm. 9 bis nachm. 6 Uhr
Nacht-Fernruf 20157

Filiale: Radebeul, Schumannstr. 11, Ruf Radebeul 72 997
Sparkasse - Versicherungen

Geburtsanzeigen Verlobungsanzeigen Vermählungsanzeigen Traueranzeigen

sollten

Katholiken

vor allem der

Sächsischen Volkszeitung

umweilen.

BISU - Stahl- u. Holz-Betten

Schlafzim., Kinderbetten, Sahlmatt., Post., Chaisel., an jedeg. Teilzahlung. Katalog frei. Eisenmöbelabrik Stahl (Thür.).

Die Jugendberatungsstelle des Katholischen Mädchenschutzes

Dresden, Taschenberg 3, Treppe C, 2. Stock rechts, 2. Tür, Fernsprecher 12265

gibt Auskunft in Fragen betreffend:

- Wohnung und Mittagstisch
- Freizeit und Geselligkeit
- Erholungsaufenthalt und Urlaub
- Ausbildung und Fortbildung

Arbeit und Leben

Sprechstunden täglich von 18-19 Uhr; außerdem Mo. u. Do. v. 19-20 Uhr, Di. v. 8-9, Sbd. v. 13-15 Uhr.

HOTEL ZUR KRONE

BAUTZEN

Steinstraße Tel. 3795 Töpferstraße

Besitzer: B. Bommershelm und W. Buchholz

Das Haus der guten Küche und der bestgepflegten Biere

Großgaragen / Tankstelle

Steppdecken

7 Pfund Ihrer abgelegten Strickwoll-sachen ergeben die Füllung einer schönen Steppdecke. Die Wolle wird in eigener Fabrikationsanlage zugearbeitet, daher garantiere ich Ihnen, daß Sie Ihr eigenes Material wieder erhalten.

Daunen-, Steppdecken- u. Unterbeifenfabrikation

Rudolf Riedel, Schirgiswalde, Sa.

Filiale: Zittau, Sa., Schulstraße 5.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Stadt Schirgiswalde

Donnerstag, den 13. Oktober 1932, abends 8 Uhr

Sitzung der Stadtverordneten

im Sitzungssaale des Rathauses

Tagesordnung:

- Mitteilungen.
- Baillierstellung Neuschirgiswalde betreffend.
- Wegbauten 1933.
- Neubauunterstützungsgebühr betreffend.
- Teilnahme der Zuschläge zur Bürgersteuer für 1933.
- Verchiedenes.

Schirgiswalde, den 11. Oktober 1932.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Es spricht sich herum

die Sommerschau „Vom Essen und Trinken“ im Deutschen Hygiene-Museum muß man unbedingt gesehen haben. Und die Kaffeestunden im Hygiene-Museum Mittwochs nachmittags haben es in sich — es wird so viel geboten! Noch ist es Zeit. Wegen des großen Erfolges wird die Sommerschau mit den zahlreichen Sonderdarbietungen

bis 23. Oktober verlängert

Niemand versäume diese letzte Gelegenheit. Und am 12. Oktober, 15^h Uhr die beliebte Kaffeestunde nicht vergessen.

Gasthof Rockau

Idyllisches Ausflugsziel bei Dresden

Dresdner Theater

Opernhaus Mittwoch Arechtoreise B Hda (7,30) 888. Gr. 1 3701-3900 Gr. 2 601-700	Die Komödie Mittwoch Donnerstag, 17. April (8,15) 888. Gr. 1 951-1000 1151-1160
Schauspielhaus Mittwoch Arechtoreise B Ein Wintermärchen (8) Donnerstag Geist, Borst. f. d. Dsch. Buchgemeinschaft. Kein öffentl. Kartentvert. (8)	Residenz-Theater Mittwoch Eine Nacht in Venedig (8) Donnerstag Der Vogelwandler (8)
Albert-Theater Mittwoch (8) 888. Gr. 1 3101-3200 12101-12200	Central-Theater Mittwoch Die Dubarry (8,15) Donnerstag Die Dubarry (8,15)
Das schweidische Fündholz (8) 888. Gr. 1 3201-3300 12201-12300	Planetarium und Lichtspiele. Stübelleke 2a Tägl. geöff. v. 9-9 Uhr 1/5 und 8 Uhr

Preußen gegen das Reich

Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof — Dr. Bumkes Dispositionen Die Auffassung der Prozeßparteien

Deipzig, 10. Oktober.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung über den Verfassungsstreit vor dem Staatsgerichtshof gab Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt als Berichterstatter eine längere Darstellung des Sachverhaltes. Danach wird in den preussischen Anträgen zunächst die Feststellung verlangt, daß die Einsetzung des Reichskommissars mit so weitgehenden Befugnissen ebenso mit der Verfassung nicht in Einklang gewesen sei, wie die Absetzung der preussischen Staatsminister, die zur Dispositionstellung von Beamten und der Eingriff in die Reichsratsvertretung. Weiter wünschen die preussischen Anträge die ausdrückliche Feststellung, daß die vom Reich gegen Preußen erhobenen Vorwürfe der mangelnden Pflichterfüllung nach Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung, die die Reichsregierung rechtfertigen sollte, sowie die Vorwürfe gegen preussische Regierungsmitglieder und höhere Beamte usw. samt und sonders nicht zuträfen. Weiter beantragt Preußen und in Übereinstimmung damit auch Baden und Bayern, daß unabhängig von den einzelnen tatsächlichen Umständen grundsätzlich und allgemein festgestellt werde, daß die Absetzung von Ministern, die Einsetzung des Reichsrats bzw. der bundesstaatlichen Organe überhaupt auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung niemals zulässig seien. Die Reichsregierung beantragt Abweisung sämtlicher Anträge.

Nach dem mehr als einstündigen Referat des Berichterstatters gab der Vorsitzende, Dr. Bumke, eine Erklärung ab, die sich gegen die teilweise in der Öffentlichkeit kursierende Auffassung richtet, daß das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof von der einen oder anderen Partei sabotiert oder verzögert worden sei. Er hob ferner hervor, daß der Staatsgerichtshof auch den Mitteilungen völlig fernstehe, die über die Dauer der Verhandlungen teilweise verbreitet wurden. Aufgabe des Staatsgerichtshofs sei es nicht, zu prüfen und darüber zu entscheiden, ob das, was hier geschehen und angefochten ist, politisch rechtmäßig oder politisch heilsam war und ist. Der Staatsgerichtshof hat darüber zu entscheiden, ob das was geschehen ist, sich im Rahmen der Verfassung hält. Nur unter diesem Gesichtspunkt allein können unsere Verhandlungen stehen, und ich richte an die Herren Vertreter die Bitte, sich dieses Axioms unserer Verhandlungen bewußt zu sein. Es wird sich selbstverständlich nicht umgehen lassen, daß gewisse Werturteile und Auffassungen über die politische Lage und die politischen Wirkungen mit in die Verhandlungen hineinspielen. Alles derartige hat für das Gericht aber nur Bedeutung, soweit es auf die Frage der Rechtmäßigkeit, der Verfassungsmäßigkeit, Bezug hat. Dann entwickelte der Vorsitzende

das Verhandlungsprogramm.

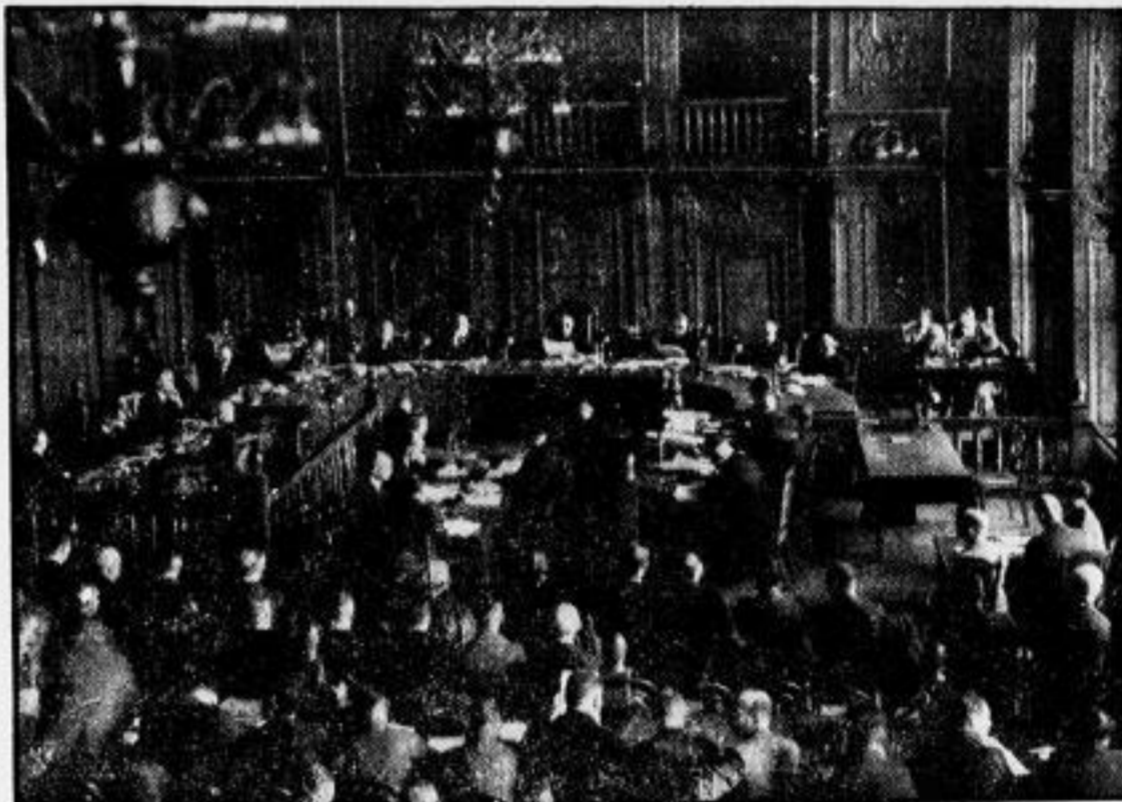
Er will zunächst die Hauptfrage prüfen, nämlich: Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli und worauf konnte sich die Annahme stützen, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie vorgegangen worden ist. Dann will er prüfen, welche Zustände nach Auffassung der Parteien durch die Verordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung des Reichskommissars und ihre Ausführungsbestimmungen in Preußen geschaffen wurden. Dabei lege er Wert darauf, etwas darüber zu hören, wie die Beteiligten die Stellung des Reichskommissars als Reichskommissar für Preußen auffassen. In diesem Zusammenhang sei die Frage der Rechtslage der preussischen Staatsminister zu stellen. Dann könne man sich der Erörterung über Art. 48 Abs. 1 zuwenden, der davon handelt, daß ein Land seine Pflichten gegenüber dem Reich verletzt. Der Vorsitzende meint, daß man diese Materie sehr sorgfältig prüfen müsse und zwar nicht nur im Hinblick auf die bundesstaatliche Konstruktion des Reiches, sondern auch auf die geschichtliche Entwicklung, auf die Gedankengänge, aus denen Art. 48 entstand und wie der Artikel bisher angewandt wurde. Gerade weil die Schriftsätze mit dem Gedanken operierten, daß „aus dem Wesen eines Bundesstaates“ sich dieses und jenes ergebe, müsse man auch vergleichende Untersuchungen über die entsprechenden Verhältnisse in anderen Bundesstaaten, in der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika usw. anstellen. Dann sollten die Voraussetzungen und Befugnisse für Art. 48 Abs. 1 und Art. 48 Abs. 2 erörtert werden, insbesondere ob die Pflichtverletzung eines Landes, von der Art. 48 Abs. 1 spricht, ein Sequesterungsrecht erzeugt; ob etwa vor dem Einschreiten des Reiches eine Mängelrüge erfolgen muß, ob gar die behaupteten Tatsachen gerichtlich festzustellen seien, ob der Reichspräsident befugt sei, die Länderminister abzuberufen, wie es mit den Beamtenernennungen sei. Auch wären wichtige Fragen, ob der Reichspräsident berechtigt sei, lediglich gegen ein bestimmtes Land einzuschreiten, ohne gleichzeitig gegen andere vorzugehen, in den evtl. gleiche Verhältnisse bestehen. Schließlich müsse geprüft werden, ob etwa durch die Politik des Reiches selbst die Voraussetzungen für das Einschreiten im Lande gegeben worden seien. Dann, so meinte Präsident Bumke, bleibe noch eine große Frage übrig, nämlich: In welchem Umfang sind die Schritte rechtlich nachprüfbar, die der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 Abs. 1 und 2 unternimmt, bzw. hat der Staatsgerichtshof hier eine besondere Möglichkeit im Vergleich zu anderen Gerichten?

Der Vorsitzende wendet sich hierauf der Erörterung des erwähnten ersten Punktes über

die tatsächliche Lage am 20. Juli

zu. Vorherliegende Fragen wünscht der Vorsitzende nicht verhandelt zu sehen, wobei er u. a. hervorhebt, daß dem Staatsgerichtshof z. B. Einzeläußerungen aus den preussischen Ministerien zugeleitet worden waren, die bis 1929 zurückgingen. Es genüge, wenn man Reich und Preußen in großen Zügen ihre Auffassungen zur tatsächlichen Lage am 20. Juli darstellen lasse.

Die erste Aufnahme aus dem Verhandlungsfaal



Blick auf die Eröffnungssitzung unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke (am Mittelisch).

Außerhalb der Tagesordnung erhält dann der Hauptsprecher der preussischen Vertretung, Ministerialdirektor Dr. Brecht, das Wort zu folgender Erklärung: „Was will Preußen mit seiner Klage?“ Es will keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten. Die preussischen Staatsminister haben keinen Zweifel an dem grundsätzlichen Willen des Herrn Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Sie sind alle Anhänger des Herrn Reichspräsidenten; sie haben sich mit allen ihren Kräften für die Wahl eingesetzt und erhalten dem Herrn Reichspräsidenten die Verehrung, die ihm als deutschem Reichsoberhaupt gebührt. Wohl aber bekreiten sie auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Herrn Reichspräsidenten gegeben worden sind und die Richtigkeit der Auslegung der Reichsverfassung, die man ihm vorgetragen hat. Gegenstand unserer Klage ist nicht die politische Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Reichsregierung, nicht einmal die gute Absicht der Reichsregierung, sondern lediglich die rechtliche Zulässigkeit ihres Vorgehens.

Gegenstand des Streites ist vor allem die Verehrung Preußens und seiner Minister vor dem die Ehre des Landes und seiner Vertreter aufs tiefste kränkende Vorwurf, daß das Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe und daher sequestriert werden könne und müsse.

Preußen und die preussischen Minister nehmen es an Reichstreue mit jedem auf, sei er, wer er wolle. Der preussische Ministerpräsident und die Staatsminister erwarten mit Bestimmtheit eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes, wonach die Verordnung in der Form, in der sie erlassen ist, aufgehoben werden muß. Dann ist es Sache des politischen Geschicks, eine andere Lösung zu finden, bis der Landtag eine neue Regierung ernennt. Insbesondere hinsichtlich der Union Reich-Preußen sind die Bestrebungen in neuer besserer Form fortzusetzen und verfassungsmäßig zu regeln. Die preussischen Minister stellen ihre Person dabei vollständig zur Verfügung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe und daher sequestriert werden könne und müsse.

Im Namen der bayerischen Regierung gab Staatsrat Jan die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist eine durchaus andere als der Sinn der preussischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20. Juli; sie richtet sich nicht in die Vergangenheit; sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an; im bundesfreundlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Art. 48 zu finden.

Für die badische Regierung erklärte Min. Dr. Frecht: Auch der badische Regierung kommt es darauf an, die absoluten und relativen Grenzen festzustellen, welche der Reichsregierung hinsichtlich der Anwendung des Art. 48 gezogen sind. Die badische Regierung hält diese Feststellung für nötig, nachdem auch nach ihrer Meinung beim Vorgehen des Reiches gegen Preußen eine Auffassung der Reichsregierung zutage getreten ist, die die badische Regierung als mit der Verfassung nicht mehr für vereinbar anzusehen vermag. Die badische Regierung befürchtet, daß der bundesstaatliche Charakter des Reiches in Frage gestellt und daß die durch die Verfassung gewährleistete Eigenstaatlichkeit der Länder vernichtet werden kann. Wenn die badische Regierung sich mit der Verbindung ihrer Klage mit der preussischen Klage einverstanden erklärt hat, so ist das aus Zweckmäßigkeitsgründen geschehen für die badische Regierung handelt es sich darum, der verant-

wortlichen Reichsregierung gegenüber festzustellen, in welchem Umfange die Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Rechte der Länder nach Maßgabe der Reichsverfassung möglich ist. Die verehrungswürdige Person des Reichspräsidenten wird nach Auffassung der badischen Regierung durch den Austrag dieses Rechtsstreites in keiner Weise berührt.

Hierauf erhielt für die Klageparteien zunächst Min. Dir. Dr. Brecht das Wort zur Erörterung der Vorgänge vom 20. Juli. Einleitend führte er aus:

Seit den Septemberwahlen 1930 besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentsleben, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und in anderen Ländern. Nicht jede Krise im Parlamentsleben ist zunächst eine Krise des Parlamentarismus. Die besondere Krise des deutschen Parlamentslebens ist auf die großen, hegenden Wahlerfolge der NSDAP zurückzuführen. Nach parlamentarischen Regeln war es an sich erwünscht, die NSDAP an die Regierung zu lassen; nicht nur aus Gründen der Milderlichkeit, sondern weil in dem Zwang zur Verantwortung der tiefe Sinn des parlamentarischen Systems liegt. Aber es bestand erster Zweifel an der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP, die selbst verlangte: Alles oder nichts. Das Problem, ob man unter diesen Umständen der NSDAP die staatliche Macht in die Hand geben kann, ist seit zwei Jahren und noch heute das große Problem der inneren Politik. Eine Mehrheit hat die NSDAP weder im preussischen Landtag noch im Reichstag. Bisher haben alle verantwortlichen Stellen es abgelehnt, der NSDAP als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben; das haben abgelehnt der Herr Reichspräsident und der Reichskanzler Brüning vom September 1930 bis Mai 1932, der Preussische Landtag vom Frühjahr 1932 bis heute der Herr Reichspräsident und Reichskanzler v. Papen Mitte August und nochmals Ende August. Die Ablehnung v. Papens ging soweit, daß er ernste Versuche von Zentrum und NSDAP, zu einer parlamentarischen Basis zu gelangen, politisch durchkreuzte. In diesem verhältnismäßig gleichmäßigen Ablauf hat es eine Episode gegeben: Die Einigung von Papen-Hitler. Diese dauerte vom 1. Juni bis 13. August. Sie begann mit einem Vertrag. Die NSDAP versprach der Regierung Papen als Präsidialkabinett die Unterstützung, und zwar ohne nationalsozialistische Beteiligung und für die ganze Dauer des Kabinetts. Dieses Versprechen gaben die Nationalsozialisten natürlich nur gegen bestimmte Zusicherungen ab. Diese waren u. a. Aufhebung des Uniformverbots, Wiedererlaubnis der verbotenen Sturmabteilungen, Beseitigung der jetzigen preussischen Regierung, insbesondere der Leitung der Polizei. Am 14. Juni erfolgte darauf die verjüngte Aufhebung des Uniformverbots und des Verbots der Sturmabteilungen. Am 28. Juni wurde den Ländern verboten, etwas Ähnliches für sich allein zu machen. Sodann kam die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl, um eine Rechtsregierung in Preußen zustande zu bringen, und schließlich am 20. Juli die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen. Am 13. August folgte dann die Entzweiung mit der NSDAP.

Dr. Brecht schilderte dann die Bedeutung der Episode Papen-Hitler vom politischen Standpunkt und vom Standpunkt der Länder. Er verwies darauf, daß im Jahre 1931 scharfe Verordnungen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung erlassen worden waren, die am 8. Dezember durch das allgemeine Uniformverbot und am 13. April 1932 durch die Auflösung der nationalsozialistischen Sturm-

abteilungen gekrönt wurden. Gerade diese Maßnahmen seien damit begründet worden, daß eine militärisch organisierte Macht folgerichtig zu Zusammenstößen und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen könne. Hier sei also das erste Mal von den bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen worden, auf die die Reichsregierung sehr hinweise. Auf der Rechtsgrundlage der erwähnten Verordnungen habe die Polizei ihren schweren Dienst verrichtet. Witten in diesem Kampf mußte plötzlich von einem Tag zum andern das Steuer herumgerissen werden. Die Länder protestierten aufs lebhafteste dagegen, und erklärten, daß in diesem Augenblick gar keine Gefahr des Aufstommens der kommunistischen Bewegung bestehe. In diesem Zusammenhang verwickelte Dr. Bracht auf die kürzlich veröffentlichte Statistik der Todesopfer, die bis Mitte Juni monatlich etwa acht bis zehn Tote verzeichnete, während von da ab ein hartes Anschwellen zu verzeichnen war. Der Kaufmännische Verein der ganzen Ereignisreihe liege klar zu Tage: Die Aufhebung des Uniformverbots und die Steigerung der Unruhen, die darauf einwirkten und ebenso der Zusammenhang zwischen den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung von Papen und ihrer Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite und das Vorgehen gegen die preussische Regierung auf der anderen Seite. Es liege ihm fern, politische Angriffe gegen die Reichsregierung zu richten. Er handle sich nur um die rechtliche Zulässigkeit der Maßnahmen. Es sei wie bei allen politischen Ermessensfragen das gute Recht der Reichsregierung, andere Ansichten zu haben als etwa ihre Vorgängerin und als die Länder, aber auch die Länder hätten dieses gute Recht. In dem Kampf gegen verwerfliche Vorbestimmungen, die aus dem Lager der äußersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: die feindliche Bestätigung und den politischen Versuch, die prinzipiellen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verhältnisse begangen wurden. In den Kreisen des Reichsanwaltes von Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu befähigen. Aber dabei hätte er die Grenzen der Verfassung wahren müssen und das sei bei der Abkehr der preussischen Regierung nicht geschehen.

Der Standpunkt des Reiches

Nachdem Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke noch die Ansicht geäußert hatte, daß die Verschiebung der Erörterung dieser Frage wohl auf die Beamtenernennungen keinen Einfluß haben werde, erteilt er dem Vertreter der Reichsregierung,

Min. Direktor Dr. Gottheimer

das Wort. Dr. Gottheimer führt u. a. aus: Der Vorsitzende hat heute morgen betont, daß in der Verhandlung hier nur erörtert werden soll, was für die Entscheidung des Verfassungsstreites, also für die Entscheidung der Rechtsfragen aus Art 48 u. s. w. von Bedeutung sei. In Beachtung dieses Grundsatzes werde ich es mir erlauben, auf jede Einzelheit einzugehen, die der Vertreter Preußens heute vorbringt. Insbesondere müssen nach meiner Ansicht alle Vorgänge aus der Erörterung ausscheiden, die nach dem Erlass der Verordnung vom 20. Juli 1932 sich ereignet haben und die nicht mit der Durchführung der Verordnung im rechtlichen Zusammenhang stehen. Selbstverständlich kann man auch für Vorgänge, die der Verordnung vom 20. Juli vorausgehen, eine wesentliche andere Darstellung geben, als es der Vertreter der preussischen Staatsministerien tut. Ich will auch nach dieser Richtung hin nicht auf alle Einzelheiten eingehen, die Dr. Bracht anspricht, muß aber betonen, daß die blutigen Vorgänge, die sich seit geraumer Zeit insbesondere im Osten abgepielt haben, bereits zu einer Zeit, die der Verordnung vom 20. Juli lange vorangeht, nach Auffassung der Reichsregierung zu einem wesentlichen Teil auf die völlig einseitige Behandlung zurückzuführen sind, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung hat angedeihen lassen. Die Reichsregierung tritt der Auffassung über die Angelegenheit ihrer Maßnahmen, die der preuss. Vertreter heute vorbringt, nachdrücklich entgegen. Ihre Maßnahmen sollten dem Zweck dienen und haben auch dem Zweck gedient, für den Erregungsstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angehäuft hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen.

Gegenüber Min. Dir. Dr. Bracht muß ich noch eines betonen: Es ist nicht wahr, daß zwischen der gegenwärtigen Reichsregierung und der nationalsozialistischen Bewegung irgendeine Vereinbarung getroffen worden sei, welche das Vorgehen gegen die preussische Staatsregierung zum Gegenstand gehabt habe. Die Reichsregierung hat sich in freier und verantwortungsbewusster Entscheidung zu den Schritten vom 20. Juli 1932 entschlossen.

Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches für die Verordnung vom 20. Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekennzeichnet. In einer Zeit höchster Not und Verarmung des deutschen Volkes standen sektorganisierte Parteien im Zustand äußerster Erregung kampfbereit einander gegenüber. Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Berichte über die blutigen Vorgänge in Ostpreußen am 10. Juli und in Altona am 17. Juli sowie über die umfangreichen Waffenschiedungen in Suhr vorgelegt. Hier waren Angehörige nicht die Nationalsozialistischen, sondern Angehörige der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. Bei den Polizeimaßnahmen haben in diesen Fällen zwar die Exekutivbeamten, insbesondere in Altona, ihre Pflicht getan, nicht aber die verantwortlichen Leiter der Polizei. So hat trotz der gespannten Lage z. B. der Polizeipräsident in Altona es für richtig gehalten, nicht persönlich Dienst zu tun, sondern sich vertreten zu lassen. Diese Vorgänge waren nur einzelne Symptome einer überaus gefährlichen Gesamtlage. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustand des Bürgerkrieges gesprochen.

Diese Gefahrenlage, die am stärksten in Preußen hervortrat wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preussischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindlichkeit der kommunistischen Partei — das kann man wohl ohne jeden Zweifel aussprechen — ist nicht zu zweifeln. In zahlreichen Urteilen des Reichsgerichtes sind die revolutionären Ziele und die planmäßig auf Bürgerkrieg und gewalttätigen Aufstand gerichteten Bestrebungen dieser Partei zur Genüge nachgewiesen. Gerade aber diese Partei konnte vermuten, daß die damalige preussische Regierung aus parlamentarischen Gründen, wie aus anderen Gründen, gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offen halte, und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz zu den Nationalsozialisten verbunden fühle.

Sodann ging Ministerialdirektor Gottheimer zur Schilderung der tatsächlichen Vorgänge vom 20. Juli über. Er

erklärte, nicht anerkennen zu können, daß die Darstellung von Ministerialdirektor Dr. Bracht in allen Teilen vollständig gewesen sei. Es sei Tatsache, daß die sämtlichen ihres Amtes enthabenen Minister ihre vollen Bezüge weiter erhalten haben. Tatsache sei es auch, daß Ministerpräsident Brauns jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt habe. Minister Severing habe die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt wie die Reichsregierung selber. (?)

Prof. Heller-Frankfurt a. M., der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, ersucht den Ministerialdirektor Gottheimer den Brief vorzulegen, worin der Ministerpräsident Brauns sich bezieht über seine Gehaltsregelung ausgesprochen habe und diese Frage als wesentlichen Punkt der ganzen Sache bezeichnet haben sollte. Er muß, so fährt er fort die Wahrheit der Behauptungen über einen solchen Brief bis zur Vorlegung des Briefes bezweifeln, ebenso wie ich bezweifeln, daß Minister Severing sich selbst für die Einsetzung des Reichskommissars erklärt haben sollte. Prof. Heller bringt dann einen Antrag ein, der lautet: Ich, daß die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen gegen Preußen sich nicht nur auf Artikel 48 stütze, sondern daß Abmachungen mit den Nationalsozialisten darüber bestanden hätten, die dieses Vorgehen erforderlich machten.

Als Zeugen benenne die preussische Regierung für diese Fragen den Reichsanwalt v. Papen ferner Alois Diller und Herrn v. Glöckner.

Darauf äußert sich für die Vertreter der Reichsregierung **Prof. Schmitt**. Er sagt, bei den Vorgängen vom 20. Juli seien zwei Bestandteile zu unterscheiden, die sich gleichzeitig ereigneten und zwar eine Bürgerkriegsfrage, in der sich Parteien gegenüberstanden, und eine Konfliktfrage, in der sich zwei Regierungen gegenüberstanden.

Ministerialdirektor **Dr. Bracht** erklärte, daß es sich hier vor allem darum handele, auf dem Boden des positiven Rechts zu bleiben und zu prüfen, wer seine Pflicht verletzt habe.

Ministerialdirektor **Badi** bezeichnet als die wichtigste Tatsache der heutigen Verhandlung die konkrete Behauptung, daß Severing im Juni dieses Jahres selbst die Einleitung

eines Reichskommissars verlangt haben sollte; er könnte aber einen konkreten Gegenbeweis erbringen. Dr. Badi verlas ein Dokument, das Severing am 6. Juli unterzeichnete und worin er sich grundsätzlich über die Frage des Reichskommissars für Preußen dahin äußerte, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nach Artikel 48 der Verfassung nicht zu rechtfertigen sei. Die Behauptung der Reichsvertreter sei demnach zwar neu, aber unrichtig.

Ministerialdirektor Dr. Gottheimer: Ich muß erklären, daß ich meine Behauptung aufrechterhalte. Vorgänge im Innern des Ministeriums sind nicht so bedeutungsvoll wie nach außen abgegebene Erklärungen. So hat Severing auch am 20. Juli erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Aber er hat nachher mit Vertretern der kommunistischen Regierung das Maß der Anwendung der Gewalt vereinbart. (Unruhe bei den preussischen Vertretern.)

Ministerialdirektor **Dr. Bracht** meint, es wäre am zweckmäßigsten, schon am Dienstag den Minister Severing und Freiherrn von Gagl zu dieser Angelegenheit zu hören. Auf seine Bitte fragt dann der Vorsitzende den Vertreter des Reiches, ob es sich nicht vielleicht um eine Unterhaltung über irgendeinen anderen Reichskommissar auf einem speziellen Gebiet gehandelt haben könne. Ministerialdirektor **Dr. Gottheimer**: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei der Unterredung um die Einsetzung eines politischen Reichskommissars gehandelt habe.

Die weitere Ausprache ergibt schließlich, daß der Gedanke zwischen Preußen und dem Reich einmal behandelt wurde, ob man nicht den Zustand befestigen könne, daß im Norddeutschland in verschiedenen angrenzenden Ländern die Polizei einmal von einem sozialdemokratischen und einmal von einem nationalsozialistischen Minister geführt werde. Da könne der Gedanke der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland einmal erwogen worden sein.

Nach mehr als siebenstündiger Verhandlung wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Dresden und Umgebung

Um die Einheitskandidaturen

Wie wir erfahren, fanden am Montag neue Verhandlungen über die Aufstellung von Einheitskandidaturen der bürgerlichen Mitte in Sachsen statt. Positive Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es soll später nochmals verhandelt werden.

Landesverband der höheren Beamten Sachsens

Der Landesverband der höheren Beamten Sachsens hält seine diesjährige Mitgliederversammlung am 22. und 23. Oktober in Dresden ab. Nach einem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Oberregierungsrats **Kentisch** sprechen Senatpräsident **a. D. Dr. Deegen** über Notverordnungen und wohlverordnete Rechte und Oberstudienrat **Dr. Rothke** über Verdolgerungsfragen. Die Not des akademischen Nachwuchses behandelt Oberregierungsrat **Dr. Seibhaar** und Studienassessor **Dr. Reichert**. In einer Festrede am 23. Oktober spricht Oberpräsident **a. D. Winnig** über „die deutsche Krise“.

Die Forderungen der sächsischen Philologen

Dresden. Der Sächsische Philologentag, der aus ganz Sachsen gut besucht war, beschäftigte sich mit Berufs- und Standesfragen, wobei zum Ausdruck kam, daß sich der akademisch gebildeten Lehrerschaft eine große Erregung darüber bemächtigt habe, daß die Philologen auf Grund der neuen Befehlsgabe bereits vor Erreichung der Dienstaltersgrenze abgebaut werden können. Diese Bestimmungen seien unhaltbar, da auf der einen Seite den vorzeitig Abgebauten Wartegeld gezahlt werden müsse, auf der anderen Seite die im Dienst verbleibenden Kräfte überlastet würden. Einmütig wandte sich die Versammlung gegen jede weitere Gehaltskürzung. Das studentische Werkjahr sei abzulehnen, die Primaner seien aber bereit, ein Jahr dem Dienst der Gesamtheit zu opfern wie früher beim Militär; ein Werkjahr im Rahmen einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht könne für Abiturienten außerordentlich wertvoll sein.

Wenn Sie einmal

nach Dresden kommen, dann veräumen Sie bitte nicht die gemächlichen Weinprobestuben Spielhagen zu besuchen. Annonstraße 9 Bautzner Straße 9 Große Gläser — Billige Preise — Kaffe Küche

Die Ausstellung des Verbandes der unkorporierten Dresdner Künstler hat zurzeit auf dem Altmarkt über der Bismarckapotheke, Eingang Bismarckstraße, ihr Heim aufgeschlagen. Künstler verschiedener Richtungen haben sich hier für ihre lebendig wirkende Schau einen ideal neutralen Boden geschaffen. Von Zimmer sehen wir ein Aquarellblatt „Wahrendes Schilf“, das durch seine schöne Raumwirkung erregt. **Rag Schenker** zeigt eine Reihe Radierungen, darunter die lichtschimmernde Vision: „Wach spielt“. Von **Schneider** sind auch die farbensprechenden Madonnen. Ein Bild geruhigen Friedens ist die alte Frau am Spinnrad von **Kleditsch, Schreyer** stellt eine schöne Winterlandschaft aus, von **Roxenthal** ist ein liebevoll ausgeführtes Kinderbildnis. Seine Herbststudien vom **Heller** zeigen dehnbarsten Farbensinn. — Ein Genuß für den Beschauer sind wie immer die feinen Radierungen von **Steiniger**. Neben den wundervollen Baumstudien und Felsformationen ist das Blatt mit der Ruine des Hitzlerkerchhofers **Sensburg** durch seinen wehwehlichen Ernst besonders bemerkenswert. Von **Deben** durchpulst zeigen sich die Radierungen **Winniges**, **Strahnsjensen** und **Eindrichs** von der Vogelweide. In eine Welt von Sonne und Licht führen uns die Aquarelle von **Ufer**. Wir sehen von ihm den locker und düstern gemalten **Mohn** und die ein hartes Farbentemperament offenkundigen Blätter mit den Frauengestalten. Echte südliche Stimmung zeigt sein **Logo Maggione**. Fein ausgenommen im Kolorit sind die wehrleuchtenden Stiefmütterchen von **Schleinig**, der auch eine eindrucksvolle Landschaft ausstellt. Seine schlafenden **Rosen** sind ein Bild der Ruhe und des Friedens. Von **Tammer** ist ein dreifarbiger schöner **Hilberstrauch** und eine ungemein lebendig wirkende Landschaft. Die **Wronzen** von **Grünert**, ein **Kruzifix** und ein **Abtchoß**, werden von heilem Besucher übersehen werden. Von **Greifschel** sind die **Abtchoßglühfen** **Sonnenrofen**.

Die reizvollen Kleinplastiken von **Anton Büchelberger**, besonders das lustige **Büchlein** und der temperamentvolle **Esel**, werden viel Freude erregen. Noch manche anderen

Sächsische Münze ohne Beschäftigung. Auch im September hatte die Sächsische Münze in Muldenhütten fast nichts zu tun, während Berlin, Karlsruhe und Hamburg recht gut beschäftigt waren. In Muldenhütten wurden nur für 12 000 RM. Wappennugeln — genannt **Braunungs-Schlegel** — geprägt, von denen man im Verlehe absolut nichts zu sehen bekommt.

Neue Lehrgänge der Hochschule für Stenographie. Der vom Dresdner Stenographenverband e. V. unterhaltene Hochschule für Stenographie eröffnete am Mittwoch abends 7 Uhr in der Handelshochschule von **Radow**, An der Kreuzkirche 3/11, einen neuen Lehrgang, der unter der Leitung von **Dr. Krantz** steht und die freie Kürzung behandelt. Anmeldungen an den Leiter der Hochschule für Stenographie, **Lehrer Erich Gieseler**, Carlomagstr. 34, Auf 32224.

Stadtrat **Ehler** gestorben. Nach kurzer, aber schwerer Krankheit starb in Dresden Stadtrat **Paul Ehler** im 64. Lebensjahr. Er war viele Jahre hindurch an der Landesversicherungsanstalt tätig und gründete in der Zeignergasse die Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamter. **Ehler** war viele Jahre hindurch der Führer der demokratischen Stadtverordnetenfraktion und wurde 1930 zum Stadtrat gewählt.

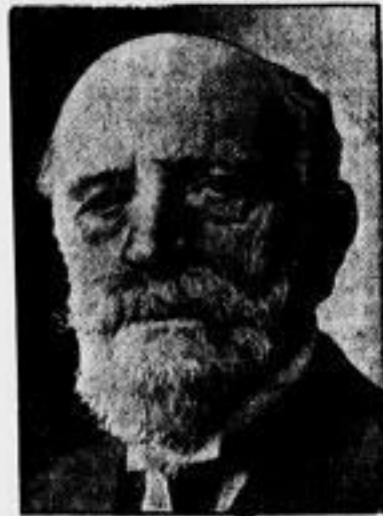
Kassende im Deutschen Hygiene-Museum. Wiederum laßt auf Mittwoch, den 12. Oktober, nachmittags 3.30 Uhr, das Deutsche Hygiene-Museum zu einer Kassende ein. Das aus mehreren Punkten zusammengesetzte Programm der Kassende steht u. a. vor allem eine Vorführung des Filmes „Hänschen fährt ins Spielzeugland“ vor. Das mit Recht so beliebte erste Dresdner Anaben- und Jugendorchester spielt eine vielseitige Folge erhellender und heiterer Musik. Eintritt: 0.60 RM, einschließlich Ausstellungen- und Museumsbefuch, einer Tasse Kaffee und Gebäck. (Vergünstigungen sind für diesen Nachmittag aufgehoben.) Wiederholt ist darauf hingewiesen, daß die Ausstellung „Von Essen und Trinken“ bis einschließlich Sonntag, den 23. Oktober, verlängert ist.

Verzweiflungstat einer Mutter

Sie geht mit zwei Kindern in den Tod. **Heidenau**. Eine hier wohnhafte Ehefrau wurde mit ihren beiden Kindern, zwei Anaben im Alter von 5 und 6 Jahren, gasvergiftet tot aufgefunden. Die Frau war freiwillig aus dem Leben geschieden und hatte ihre beiden Kinder mit in den Tod genommen. Es handelt sich um die ehemalige russische Adelige **Alexandra von Guminski**. Sie war nach dem Umsturz in Russland nach Deutschland gekommen und hatte geheiratet. Der Mann hatte zunächst in **Röhlsbroda** ein Sägewerk betrieben, das sich nicht rentierte. Zuletzt betrieb er in **Dresden** eine kleine Druckerei. Der Grund zu der Verzweiflungstat der Frau dürfte in ungünstigen finanziellen und familiären Verhältnissen zu suchen sein.

künstlerisch wertvollen Arbeiten mühten erwähnt werden. Doch mögen diese Proben genügen, den Wunsch rege zu machen, diese mit so viel Liebe und Umsicht zusammengestellte Ausstellung zu besuchen. M. H. W.

Technische Hochschule Dresden. Wie wir erfahren, ist an Herrn **Professor Dr. Bernhard Schilling** ein Ruf an die **Tungchi-Universität Schanghai** ergangen.



Der Präsident der Bayerischen Akademie **Geheimrat Karl von Göbel**, Altmeister der deutschen Pflanzenforschung und Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, verstarb im Alter von 77 Jahren.

Der vor einigen... hauptung... gestreck... abziehen... in der... In der B... hauptung... überall... handlung... nur erwä... Lonastät... dafür ist... trum nach... Reichsprä... wieder bet... bedingte... präsident... gungen in... sichtlich e... ben, ist u... davon ber... hauptent... handlung... führende... „Heber des... Am einiger... eine Scha... u. a. ber... und Osta... uraufgefü... Partei i... parteilich... Reichsreg... immer wi... einander... früherer... Reichssta... hat 13 V... kämpf; i... Reichsreg... kein Gefä... auszubla... g e t a r u... Mantel d... folgen. E... Neigung... sie nicht... Diese Ar... zeugend... Stahlblei... uns trotz... der Stahl... genau an

Der P... blich in E... Friedrich... Amtshaupt... 600 Proge... bach berli... Höhe von... auf Führ... gestimmt.

In D... Not der P... zugleich... seinem U... sondern d... Orchester... ausüben h... zur Arbeit... Ratgemei... Rache S... hannes W... zur F... ichaft ge... helfen will... zur unbet... einsehbar... keine Mitt... Sport noch... lich, daß... Kulturstu... seitenslang... Wissenscha... steht eben... zu Boden... edlen Zwe... Das... strigen... man muß... ganz einfa... vornehme... Bühne wa... Mitlau ge... Johannes... wahrung o... klangschö... zise und f... selbst folg... Bereits die... türe fand... als Spiel... lante Arbe... ardentlich

Notizen

Verhandlungen über „Abfegung“ Hindenburgs?

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat vor einiger Zeit in einer Berliner Versammlung die Behauptung aufgestellt, Hitler hätte Führer zur SPD. ausgedreht in der Absicht, durch Volksentscheid Hindenburg absetzen zu lassen. Diesen Volksentscheid hätte außer NSDAP. und SPD. auch das Zentrum unterstützen sollen. In der Provinzpresse wird gegenwärtig mit dieser Behauptung gegen das Zentrum agitiert.

Wir bitten unsere Freunde, solchen Behauptungen überall, wo sie aufstehen, entgegenzutreten. Der Gedanke, den Reichspräsidenten abzusetzen, ist in den Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP. niemals auch nur erwähnt worden. Daß das Zentrum sich mit größter Loyalität für die Autorität des Reichspräsidenten einsetzt, dafür ist Beweis die strikte Zurückhaltung, die sich das Zentrum nach dem Sturze Brüning gegenüber der Person des Reichspräsidenten auferlegt hat. Brüning selbst hat immer wieder betont, daß trotz aller Bestimmungen es eine unbedingte väterländische Notwendigkeit sei, für den Reichspräsidenten v. Hindenburg einzutreten. — Welche Erwägungen in den Führerkreisen der Nationalsozialisten hinsichtlich eines Vorgehens gegen Hindenburg geschwebt haben, ist uns unbekannt; das Zentrum jedenfalls ist nicht davon berührt worden. Wenn heute von Seiten der SPD. behauptet werden sollte, daß das Zentrum an solchen Verhandlungen teilgenommen habe, so ist das nichts als irreführende Propaganda.

„Ueber den Parteien“

Am Sonntag fand in Berlin die Uraufführung einiger Stahlhelm-Propagandafilme statt, an der eine Schar illustrierter Gäste teilnahm. Erschienen waren u. a. der frühere Kronprinz, die Prinzen Eitel Friedrich und Oskar, sowie Reichszugler von Papen. Einer der uraufgeführten Filme trug den Titel „Ueber den Parteien“ — wer findet etwas daran, daß der „überparteiliche“ Stahlhelm und die ebenso „überparteiliche“ Reichsregierung sich im Geiste dieser „Ueberparteilichkeit“ immer wieder begegnen und sich bis zur Identität miteinander verbinden? Wie weit diese unter dem Applaus früherer preußischer Prinzen vollzogene Verschmelzung bereits gediehen ist, ging aus einer kurzen Ansprache des Reichszuglers hervor, in der es heißt: „Der Stahlhelm hat 13 Jahre für die Grundlage eines neuen Reiches gekämpft; er wird nicht umsonst gekämpft haben.“ Die Reichsregierung findet, wie man weiß, an den Parteien kein Gefallen und bemüht sich sehr, ihnen das Lebenslicht auszublasen. Um so größer ist ihre Reue, zu jenen getarnten Parteien, die unter einem schlecht klingenden Mantel der Ueberparteilichkeit ihre politischen Ziele verfolgen. Schon kommen auch die Deutschnationalen dieser Reue über die Reichsregierung entgegen und erklären, daß sie nicht eine Partei, sondern eine „Bewegung“ seien. Diese Art der Ueberparteilichkeit wirkt tatsächlich überzeugend, sowohl bei der Reichsregierung, als auch beim Stahlhelm und bei den Deutschnationalen. Wir wollen uns trotzdem die Grundlagen eines neuen Reiches, für die der Stahlhelm angeblich nicht umsonst gekämpft haben soll, genau ansehen...

Nicht über 600 Prozent Bürgersteuer

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden hielt in Tharandt eine Sitzung ab, in der u. a. Regierungsrat Friedrich Erläuterungen zur Bürgersteuer für 1933 gab. Die Amtshauptmannschaft beabsichtigt, Bürgersteuervermehrungen über 600 Prozent nicht zu genehmigen. Regierungsrat Dr. Chrambach berichtete über die Verteilung der Wegebaubehörden in Höhe von 33 800 RM. Einem Antrag der Gemeinde Lauta auf Führung des Doppelnamens Lauta-Weißdorf wurde zugestimmt.

Dresdner Operngemeinschaft: „Zigaros Hochzeit“

In Dresden hat sich eine Operngemeinschaft gebildet. Die Not der Bühnenmitglieder hat sie ins Leben gerufen. Damit ist zugleich ihr Charakteristikum gegeben. Nicht etwa aus dilettantischem Unterhaltungsstrieb will sie sich auf der Bühne versuchen, sondern die bedrückende wirtschaftliche Lage für Opernsänger, Orchestermitglieder und Bühnengestaltung, die ihren Beruf nicht ausüben können, zwingt künstlerische Kräfte zum Arbeitsdienst, zur Arbeitshilfe. Zur Unterstützung dieser Ideale, Zweck- und Notgemeinschaft, deren künstlerische Leitung in den Händen von Rache Schleichner liegt, deren musikalische aber durch Johannes Weber betreut wird, hat sich wiederum ein Verein zur Förderung der Dresdner Operngemeinschaft gebildet, der in „uneigennützigster Weise einem Stande helfen will, dessen hohe Aufgabe im Dienste der Kunst und Kultur unbestritten ist“. Man muß diese Ziele außerordentlich hoch einschätzen, da gegenwärtig für Kunst und Kultur anscheinend keine Mittel zur Verfügung stehen. Andererseits findet jedoch der Sport noch reichlich Zuneigungen an Geld. So ist tief bedauerlich, daß sich das deutsche Volk von seiner ehemals so hohen Kulturstufe so weit herabdrücken ließ, daß die Tageszeitungen seitenslange Berichte über Sport veröffentlichen, für Kunst und Wissenschaft aber nur spärlichen Raum übrig haben. Aber heute liegt eben halt ein Vexer, der einen Menschen tot und brutal zu Boden schlägt, in der Kunst höher, als ein Künstler, der edlen Zwecken dient.

Das erste Ergebnis dieses Arbeitsdienstes konnte man am gestrigen Montagabend in der Kaufmannschaft nachprüfen. Und man muß feststellen, daß es ganz vortrefflich ausgefallen ist. Mit ganz einfachen Bühnentechnischen Mitteln hatte man aparte und vornehme Bühnenbilder geschaffen. Im Orchester und auf der Bühne war durch überaus fleißige Arbeit ein künstlerisches Niveau geschaffen worden, das höchsten Anerkennung wert ist. Johannes Weber hat die Partitur in sein musikalischer Aufmachung ausgewertet und führte das Orchester klar, flüssig und klug. So war den Bühnenhelfern eine begabte, prächtige und farbenreiche Unterführung gewährleistet. Das Orchester selbst folgte seinem Führer mit Musikfreude und Schwung. Besonders die leicht dahinfliehende, trefflich ausgeführte Ouvertüre fand lebhaften Beifall. Auch Rache Schleichner hatte als Spielleiterin gewissenhafte, gründliche und feinsinnige Arbeit geleistet. Sie sorgte für Einzel- und Ensemblewirkung mit sicherem Blick. Unter den Darstellern fanden sich bekannte Namen. Ohne irgendwie die anderen Darsteller in den Hintergrund drängen zu wollen, möchte ich Susanne Pröe (Susanne) und Olga Porth-Dietrich (Rosine) an die Spitze stellen. Susanne Pröe gab der Kammerjungfer darstellerisch nicht nur ein klottes, gewandtes, entzückendes Kolorit, sondern sie zeigte in der Mozart'schen Musik auch ein feineres Stilgefühl, eine lockere Behandlung der Tongebung und einen bestechenden Wohlklang. Olga Porth-Dietrich spielte gleichermaßen durch vornehmes und geschlossenes Spiel, wie auch durch gepflegte Stimmlage und stimmliche Klangschönheit. Dora Hänel-Henze las die Rollen der Rosine und darstellerisch geschmackvoll an. Im gleichem Rahmen bewegte sich die Marzelline von Irma Schröder u. d. Linde. Nur war die Maske zu jugendlich. Hans Kleiber spielte einen frischen und gewandten Zigarro auf die Bühne und wußte durch feinen modulierenden, warmen Bariton zu interessieren. Franz Oberbachs Almasino behauptete sich gleichfalls durch Spiel und stimmliche Qualität sehr ansprechend. Als trefflicher Charakterdarsteller führte sich Hans Ott sowohl als Ruhmmeister Basilio wie auch als Richter Don Curzio ein. Lebendig und humorvoll trug Erich Kröll als Gärtner Antonio. Feiner Humor lag auch in der Rolle des Dr. Bartolo, die Arno Kurtz spielte. Kennen wir noch das nette Pärchen von Grete Wagner und den hübsch singenden kleinen Chor, dann wäre das Ensemble erstklassig.

Es war alles in allem ein künstlerisch wohlgeplanter Abend. Der durch geladene Gäste vollbesetzte Saal zeichnete die Mitwirkenden durch lauten, herzlichen Beifall und durch prächtige Blumen Gaben aus.

Landestagung der Zeichenlehrer

Döbeln, 11. Oktober. Unter dem Vorsitz des Studentrats Heide-Chemnitz hielt der Sachliche Landesverein für Zeichenlehrer aus allen Teilen Sachsens Besatzung ab, die von etwa 100 Zeichenlehrern aus allen Teilen Sachsens besucht war. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag des Dozenten Lehle vom Pädagogischen Institut Dresden über das Thema „Sachzeichnen und eingezeichnetes Zeichnen“. Bürgermeister Röber begrüßte die Versammlung namens der Stadt Döbeln. Mit der Tagung verbunden waren interessante Zeichenausstellungen in den Räumen der Körnerplatzschule.

Betriebsversammlung der Berufslehrer.

Der Landesverein Sachsen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen hielt unter Vorsitz des Oberlehrers Sachs in Bad Schandau eine Tagung ab. Man nahm eine Entschließung gegen die Gefährdung der Berufsschule an. Eine zweite Entschließung protestiert gegen getroffene Maßnahmen gegenüber Beamten und Lehrern, während eine dritte auf die Notlage der Berufsschüler hinweist, von denen die meisten nur noch teilweise beschäftigt sind und in vielen Fällen unter dem Existenzminimum leben würden. Die Berufslehrer weisen auf die daraus entstehenden Gefahren hin und bitten Regierung und Landtag unverzüglich auerordentliche Maßnahmen zur Linderung der Notlage der Junglerher zu ergreifen.

Autobus gegen Lokomotive.

Pirna. Ein Autobus der Linie Pirna-Dorf Wehlen fuhr am Südbahnhof beim ungeschickten Bahnübergang gegen eine Lokomotive des Pirna-Gottschuber Zuges. Der Führer hatte angenommen, daß der Zug noch halte, während er sich in Wirklichkeit schon in Bewegung gesetzt hatte. Obwohl Lokomotive und Autoführer sofort bremsen, stießen beide zusammen. Dem Autobus wurde der Kühler eingedrückt und sonstiger Schaden angedrückt. Personen wurden nicht verletzt. — Auf der Straße Pirna-Krietzsch fuhr ein mit 2 Personen besetztes Motorrad gegen einen Baum. Beide Fahrer erlitten schwere Verletzungen, der eine einen Schädelbruch, der andere eine Gehirnerschütterung. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht. — Dort verstarb der 47-jährige Kaufmann Rühmann aus Pörsdorf, der am Sonntag mit seinem Kraftwagen infolge der Nähe der Straße gegen einen Baum gefahren war und dabei schwere Verletzungen davongetragen hatte.

Großer Uhrendiebstahl.

Treßdorf. Einem hiesigen Uhrmachermeister wurden aus seinem offenen Laden eine silberne Schweizer Remontoir-Uhr mit Goldband, drei Junghans-Remontoir-Anker-Uhren, zwei Herren-Armband-Uhren verchromt, zwei Damen-Armband-Uhren Gold-Doppel sowie 10 Damen-Armband-Uhren Gold-Doppel und Silber gestohlen. Der Meister hatte seinen Laden einen Augenblick unbesetzt gelassen, und Diebe hatten die günstige Gelegenheit benutzt, eine anscheinliche Anzahl Uhren mitgehen zu lassen.

Leipzig und Umgebung

Handelskammerwahl in Leipzig

Für die Wahlen zur Industrie- und Handelskammer in Leipzig war nur je eine Vorkandidatur für die drei Gruppen Industrie und Bergbau, Großhandel und Einzelhandel einmündig, so daß es keiner besonderen Wahl mehr bedarf. Gewählt sind Direktor Wechsold (Wurzener Teppichfabrik A.-G.) Wurzener, Karl Wagowski, Dr. Karl Strauß in Leipzig, Friedrich Gonthard, Dr. Gonthard u. Henning A.-G., Christian Müller, Dr. Springer u. Müller A.-G. und Dr. Carl Raumann, Dr. Brauer u. C. W. Raumann A.-G., sämtlich in Leipzig, auf 6 Jahre, Gustav Köllmann, Dr. Köllmann-Werthe A.-G., Leipzig, und Dr. Mademacher, Dr. Deutsche Erdöl A.-G. in Borna, auf 3 Jahre. In der Gruppe Großhandel wurden auf 6 Jahre Kommerzienrat Geißler, Direktor Grimm, Walter Krause, Alfred Landmann und Ebert Seemann und auf 3 Jahre Alfred Reiff, sämtlich in Leipzig, gewählt und in der Gruppe Einzelhandel Alfred Friedemann und Ernst Weiche, beide in Leipzig, auf 6 Jahre.

Vier tödliche Verkehrsunfälle im September. Im Monat September d. J. ereigneten sich nach den polizeilichen Zeiterhebungen im Stadtgebiet Leipzig 601 Verkehrsunfälle gegenüber 605 im August. Bei diesen 601 Unfällen wurden vier Personen getötet, während im August zwei tödliche Unfälle vorkamen. Verletzt wurden 462 Personen gegen 387 im Vormonat. Die meisten Unfälle waren darauf zurückzuführen, daß die Verkehrsvorschriften nicht beachtet wurden.

Diebstahlfahrten im gestohlenen Auto. Vor einigen Tagen war ein in der Stüterthorstraße in Leipzig-Thonberg parkender Personenkraftwagen gestohlen worden, der am Tage darauf von einem Polizeibeamten in der Hauptmannstraße aufgefunden worden war. Nach den polizeilichen Ermittlungen wurden von den Entführern des Autos Diebstahlfahrten angeführt, bei denen ein Schaufensterbruch in ein Schneidereigeschäft in der Köchstraße, ebenfalls ein Schaufensterbruch in ein Radiogeschäft in der Sommerfelderstraße in Leipzig-Stützerthor und ein dritter gleichartiger Einbruch in ein Photogeschäft in der Dufourstraße verübt worden waren. Nach diesem letzten Einbruch hatte ein Anwohner beobachtet, wie ein Unbekannter nach einem in der Nähe stehenden Auto geklettert und in diesem davongefahren war. In allen drei Stellen machten die Einbrecher nicht unbeträchtliche Beute. Woher konnten sie noch nicht gefast werden.

Zirkus Krone in Leipzig. Hunderte von fleißigen Händen haben innerhalb 24 Stunden auf dem Meißelgelände am Frankfurter Tor eine Zeltstadt errichtet, die am Abend feierlich benannt ist die den ganzen Tag über von großen und kleinen Leipziger Einwohnern in Menge umlagert ist und bestaunt wird. 3 Stunden lang gehen 40 Programmnummern in buntester Abwechslung an uns vorüber. Was sollen wir besonders hervorheben? Die hervorragend dreifarbigen Übergruppen, die höchsten Ernteanen und lebhaften Beifall erzwingen? Den spannenden Gesandendressurakt, bei dem Direktor Krone an 20 Elefanten seine glänzende Begabung für Tierdressuren zeigt? Oder die große Löwengruppe, die zahmen Tiger, die netten, brülligen Braunbären? All das ruft unsern Beifall ebenso hervor wie das Auftreten der Lustakrobaten, denen wir Atem anhaltend zuschauen dürfen. Ein Teil der Vorführungen trägt dem Sport Rechnung: ein römisches Rennen, ein schickliches Wagenrennen, die Begegnung auf dem Rennplatz, eine Partie Fußball-Spiel sind daraus zu nennen. Wir wollen darauf verzichten, weitere Einzelheiten zu erwähnen, es wären vergebende Worte, der Zirkus Krone hat nicht wenig versprochen, er erfüllt alle seine Versprechen mit Begeisterung. Wer es nun ermöglichen kann, nehme die Gelegenheit wahr und besuche den Zirkus. Es wird keinen Reuen!

Aus der Lausitz

Wieder Stadtomnibus-Verkehr in Bautzen.

Bautzen. Im Mai d. J. war bekanntlich der Bautzener Stadtomnibusverkehr eingestellt worden, nachdem es zwischen der Stadtverwaltung und dem Fahrernnehmer zu Differenzen gekommen war. Nach einer Mitteilung der Bautzener Polizeiantenne wird der Stadtomnibusbetrieb voraussichtlich Anfang November durch einen anderen Unternehmer wieder aufgenommen werden.

Bautzen. Arbeitsdienstlager aufgelöst. Der Stahlhelm sah sich gezwungen, die von ihm in Cunewitz bei Königswartha im Freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführten Arbeiten auf Grund der sanitären und hygienischen Verhältnisse in einem Teil der Gemeinde bis auf weiteres zu unterbrechen.

I. Seifersdorf. Die katholische Filmreihe vom Volksverein Dresden bot unter Gemeinde am Sonntag den prächtigen Film der hl. Elisabeth. Dieses Werk weckte in den Leuten, die so selten einen Film zu sehen in der Lage sind, heilige Freude. Leider ließ der Besuch durch die Erwählungen zu wünschen übrig und man konnte feststellen, welche große Anzahl Leute die neue Turnhalle eigentlich unterbringen kann. Der Filmreihe aber muß man danken, daß sie den Gedanken der katholischen Filmbewegung fördert und auch das „Land“ teilnehmen läßt am großen katholischen Kunstschaffen auf diesem Gebiete.

I. Kretzschmar. Die goldene Hochzeit feierte am Sonntag Wilhelm Scholz und seine Frau Marie geb. Schier. Der Jubelbräutigam steht im 77., die Jubelbräutige im 73. Lebensjahr. Vom 1. Januar 1897 bis 31. Mai 1919 war Herr Scholz Gemeindevorstand von Kretzschmar. Im Jahre 1916 erhielt er für seine Arbeit im Dienste der Öffentlichkeit das höchste Ehrenkreuz. Beide Ehegatten erfreuen sich körperlicher und geistiger Frische. Mag ihnen ein sonniger Lebensabend beschieden sein.

pretation. Einen Sondererfolg holte sich der Klarinetist Alfred Kreller, der Reiffers Concertino, Werk 63, mit technischem Fluß und gewandtem Ausdruck blies.

Volkswohl. Unter der musikalischen Leitung von Ernst Schickelanz, der Zuzenerung von Renne Schönstedt und der Tangenzstudierung von Kurt Wildersinn hatten sich eine Reihe von Bühnenkünstlern zu einer Aufführung der „Hörstehriß“ mit der Musik von Georg Jarno immanenmetan. Man darf natürlich bei einem Ensemble, das nicht in ständiger Zusammenarbeit steht, nicht zu große Voraussetzungen anfordern. Aber es zeigte sich trotzdem eine fleißige und frische Vorarbeit und ein künstlerischer Ernst. Schickelanz hielt im Orchester und auf der Bühne alles mit Umsicht und Geschick zusammen. Renne Schönstedt hatte den örtlichen Bühnenerhältnissen klug Rücksicht getragen und für Fluß und stilles Spiel gefordert. Von den Mitwirkenden muß an erster Stelle Bella Erdos genannt werden, die die Melodie in echtem, kläglichem, gewandtem Spiel spielte und ihrer hübschen Stimme auch eine deutliche Textausprägung verlieh. Sehr gut schnitt auch Hans Wegert als Kaiser Josef ab, im Spiel mild und würdig, im Gesang und Dialog manchmal etwas zu zurückhaltend. Der Füllhorn von Erwin Borowitsch wollte nicht so recht überzeugen gelingen und litt außerdem an stimmlichen Eigenheiten. Besondere Erwähnung verdienen noch Trude Spalte, Mariamiane Schueller, Janay Janda, Gretel Eckert, Kurt Wildersinn, denen sich alle übrigen mit Spielreudigkeit anschlossen. Orchester und Chor hielten sich treulich.

Leipzig. Violoncell-Abend: Werner Haupt. Am 6. Oktober veranstaltete W. Haupt im Saale des Konveneratoriums einen Violoncell-Abend, der ausschließlich Werke von Prof. Julius Klengel brachte. Es erfüllt immer wieder mit Erregung im Konzertsaal zu begegnen. Sind sie doch Beweise eines Fülle von Ausdrucksmöglichkeiten, wie sie eben nur ein Meister kennen und gestalten kann. — Der ausführende Künstler begann mit einer Suite im klassischen Stil, op. 1; an zweiter Stelle fand die Uraufführung einer Chaconne für Cello solo, die der Künstler mit edlem Ton eindringlich gestaltete. Sodann bot er das A-Moll-Konzert, und dann erscholl, begeistert begrüßt, Prof. Klengel selbst auf dem Podium, um mit seinem Schüler das Konzert in C-Moll für zwei Celli zu spielen. Als Ausklang bot der Künstler ein thesenfundenes Rotturmo, op. 9, und — um seine vielseitige Befähigung zu beweisen, die virtuos gehaltenen Variationen op. 19. Am Bühnen sah als Führer Begleiter Martin Willebrand.

